Widerstandskämpfer wie Verbrecher behandelt

Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 45, 10. November 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Iran: Volkserhebung — Militärregime errichtet

Nieder mit dem faschistischen Schahregime!

Teheran. Die härtesten Kämpfe seit der Verhängung des Kriegsrechts wurden am Wochenende aus der iranischen Hauptstadt gemeldet. Hunderttausend Werktätige, Studenten und Schüler waren zu gewaltigen Demonstrationen auf die Straße gegangen. Immer wieder wurden Einrichtungen der verhaßten Diktatur angegriffen. Das Informationsministerium ging ebenso in Flammen auf wie Dutzende von Banken.

Angriffsziele der Volksmassen waren auch die Botschaften der imperialistischen Mächte, die hinter dem faschistischen Regime stehen. So mußten die amerikanische, die britische und auch die Bonner Botschaft unter den Schutz starker Militärverbände gestellt werden. Neben den Parolen zum Sturz des Schahregimes wurde immer wieder gerufen: „Imperialisten raus aus dem Iran!" Die bewaffneten Organe der faschistischen Diktatur versuchten erneut, die Erhebung im Kugelhagel zu ersticken. Allein im Universitätsgebiet wurden am Samstag mindestens 40 Demonstranten von den Schergen des Regimes ermordet.

Als Antwort auf das Anwachsen der Volkserhebung gegen seine Diktatur hat der Schah am Montag eine Militärregierung eingesetzt. Sie soll mit gnadenloser Härte das Kriegsrecht gegen das Volk anwenden und seinen Kampf im Blut ersticken.

Die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Irans hat die Volksmassen aufgerufen, den Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur fortzusetzen und sich nicht von den versöhnlerischen und reformistischen Kräften täuschen zu lassen, die in dieser Zeit den Zorn der Massen beschwichtigen und seinen Kampf in friedliche Bahnen leiten wollen. In dem Aufruf heißt es: **„Unsere Partei erklärt, daß es nur einen einzigen möglichen Weg gibt, um den Sieg über die blutige Diktatur der Pahlewis davonzutragen: das ist der Weg der Organisierung der revolutionären Massen unter der Führung der Partei des Proletariats, der Schaffung einer Volksbefreiungsarmee bis zum endgültigen Sieg über das vom Imperialismus abhängige Henkerregime des Schahs.**

Es lebe die volksdemokratische Revolution!"

(Weitere Artikel auf Seite 11.)

Metalltarifrunde in Hessen

Große Tarifkommission gegen 35-Stunden-Woche

In einem Flugblatt für die Beschäftigten der Metallindustrie in Hessen verkünden die IGM-Führer: „Die Große Tarifkommission für Hessen hat Zeichen gesetzt. Sie hat als erste im Bundesgebiet Forderungen für die bevorstehende Tarifbewegung beschlossen." Die Zeichen, die auf der Sitzung vom 30. Oktober von den Vertretern des Gewerkschaftsapparates gesetzt wurden, sind tatsächlich nicht zu übersehen: Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich soll auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden. Genau wie es die IGM-Bosse in der Frankfurter Gewerkschaftszentrale schon vor Wochen als Marschrichtung für die Tarifrunde angekündigt hatten.

Mit 51 gegen 17 Stimmen beschloß die Große Tarifkommission, daß für die anstehenden Manteltarifverhandlungen keine Verkürzung der Wochen- oder Tagesarbeitszeit gefordert wird. Stattdessen wird gefordert: 30 Tage Urlaub für alle. Die Große Tarifkommission hat sich damit wieder einmal als gehorsamer Lakai der Gewerkschaftsbosse erwiesen.

In den Betrieben fordern die Kollegen dagegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Beispielsweise bei Opel in Rüsselsheim forderte die Belegschaft schon vor etwa einem Jahr auf einer Betriebsversammlung fast einstimmig die 35-Stunden-Woche. Und vor kurzem legten die Blockvertrauensleute für die Vertrauensleute-Vollversammlung eine Entschließung vor, in der für die Manteltarifverhandlungen neben der Durchsetzung eines Mindesturlaubs von sechs Wochen für alle auch die Forderung gestellt wird: „Die 35-Stunden-Woche (7-Stunden-Tag) ist einzuführen. Dazu ist ein Stufenplan zu vereinbaren." Aber was schert sich die IGM-Führung um den Willen der Basis?

Fortsetzung auf Seite 4

Bonner Parteien wollen Nazifaschismus rehabilitieren

Keine Verjährung von Naziverbrechen!

In der vergangenen Woche ist zwischen den Bonner Parteien die Diskussion über die Verjährung von Naziverbrechen wieder voll entbrannt. Nach den bisherigen Plänen soll mit dem Ende des nächsten Jahres die Verjährungsfrist auslaufen. Mit dem 1. 1. 1970 wäre dann die völlige Straffreiheit für die Massenmörder und Kriegsverbrecher der faschistischen Diktatur hergestellt. Sie könnten sich sogar dreist ihrer Verbrechen rühmen, ohne mit einer Strafverfolgung rechnen zu müssen.

Diese Pläne des Bonner Staates haben unter den Antifaschisten im In- und Ausland, vor allem unter den Opfern des Naziterrors und deren Angehörigen, heftige Proteste ausgelöst. Das ist der Hintergrund der jetzigen Diskussionen in Bonn. Aber keiner der Herren, die sich bisher zu Wort gemeldet haben, denkt daran, den immer lauter werdenden Forderungen nach einer unbefristeten Aburteilung der Naziverbrecher nachzukommen. Ob es die Spitzen der CDU waren, der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick oder der Bundesjustizminister Vogel, alle stellten klar, daß sie mit der Verfolgung und Verurteilung der faschistischen Mörder endgültig Schluß machen wollen.

Ein besonders übles Manöver in diesem Zusammenhang unternahm der SPD-Führer Wehner. Er trat für eine Aufhebung der Verjährung bei **jedem** Mord ein, wobei er ausdrücklich hervorhob, er unterscheide nicht zwischen Nazi- und Terroristenverbrechen. Eine unverschämte Verharmlosung des millionenfachen Mordes der deutschen Faschisten. Den Bonner Plänen zur endgültigen Freisprechung der Naziverbrecher muß entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden!

Wußten Sie schon...?

daß zwei Fäuste in bestimmten Fällen zwar keine Gerechtigkeit herstellen, ihr aber immerhin mehr Geltung verschaffen können, als es die ganze Justiz des sauberen Bonner Staates überhaupt vermag?

Am letzten Donnerstagabend jedenfalls wurde die Hauptangeklagte im Majdanek-Prozeß, die ehemalige KZ-Aufseherin und 1.196fache Mörderin, Hildegard Lächert, in der Düsseldorfer Altstadt vom Sohn einer ehemaligen KZ-Insassin verprügelt. Die Abreibung war so kräftig, daß die Angeklagte — die übrigens Haftverschonung genießt und auf Staatspension lebt — nicht zu dem Gerichtstermin am Freitag erscheinen konnte.

Massendemonstration in Hamburg und Emden

Kampf der Werftarbeiter geht weiter



Ca. 4.000 Kollegen demonstrierten am 2. 11. in Hamburg gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Ein Transparent der Kollegengruppe von HDW: Nur Streik sichert unsere Arbeitsplätze.

Etwa 4.000 Hamburger Werktätige, überwiegend Metallarbeiter, demonstrierten am Donnerstag (2. November) auf einer Großkundgebung der IG Metall ihre Bereitschaft, gegen die Vernichtung Zehntausender von Arbeitsplätzen zu kämpfen. Im besonderen galt ihr Protest der geplanten Stillegung des Werks Reiherstieg auf HDW in Hamburg und der Vernichtung von insgesamt mehr als 2.000 Arbeitsplätzen durch die HDW-Bosse in Hamburg und Kiel.

Seit einigen Wochen reißen die Aktionen der Werftarbeiter für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze nicht mehr ab. Am 21. September traten fast 4.000 Kollegen bei HDW in Hamburg in den Warnstreik. Sie marschierten vom Werksgelände zum Vorstandsgebäude und forderten: „Keine Schließung von Werk Reiherstieg!" — „Der Schiffsneubau muß in Hamburg bleiben!" — „Kampf den Massenentlassungen!" Am 22. September streikten die Kollegen vom Stahlbau bei HDW in Kiel-Diedrichsdorf. Am 19. Oktober fand eine Solidaritätsveranstaltung der IG Metall im Hamburger DGB-Haus statt, auf der HDW-Arbeiter den anwesenden IGM-Bonzen unter die Nase rieben: „Schön reden nützt nichts — kämpfen müssen wir, am besten streiken!" Am 23. Oktober zwischen 11 und 12 Uhr legten in Norddeutschland fast 50.000 Werftarbeiter die Arbeit nieder. Die IG Metall hatte zu dem Warnstreik aufgerufen und er wurde geschlossen befolgt. Viele Kollegen kritisierten die IG-Metall-Führer, weil sie den Warnstreik zeitlich so angesetzt hatten, daß er teilweise in die Mittagspause fiel. Am Mittwoch, dem 1. November, demonstrierten in Emden mehrere tausend Werftarbeiter aus dem ostfriesischen Raum.

Fortsetzung auf Seite 5

Berufsverbote: Bonn schaltet sich ein

In der vergangenen Woche hat sich auch die Bundesregierung massiv in die Diskussion über die Berufsverbote eingeschaltet und klargestellt, daß sie keine wirkliche Lockerung zulassen wird. In einem gemeinsamen Gutachten von Innenminister Baum und Justizminister Vogel heißt es, der „Spielraum", den das Grundgesetz für eine Änderung der bisherigen Praxis bereithielte, sei äußerst gering. In diesem Gutachten ist die Frage: Kann man bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst auf die Verfassungstreue verzichten? mit einem klaren Nein beantwortet worden. Demgegenüber wird die Frage, ob Routineanfragen beim Verfassungsschutz sein müßten, nicht zwangsläufig mit Nein beantwortet. Hier soll das Gebot der Verhältnismäßigkeit angewendet werden. So sei es zulässig, „mögliche Nebenwirkungen solcher Anfragen, wie etwa die Störung des Vertrauens in die Liberalität des Staates, in Verhältnis zu dem erreichten Nutzen, etwa der Abwehr von Radikalen, zu setzen". Darum geht es ihnen, nicht durch **unnötige** Anfragen beim Verfassungsschutz das Vertrauen in den Staat zu erschüttern. In einem ähnlichen Sinn hat sich vergangene Woche auch der CDU-Politiker Stoltenberg geäußert. Einer Verständigung der Herren von SPD/FDP und CDU/CSU steht offenbar nicht mehr viel im Wege. Die alte reaktionäre Politik mit einer etwas aufgeputzten Fassade — darüber ist man sich einig. Der Kampf gegen die Berufsverbote aber muß kompromißlos weitergeführt werden!

Die Fordbosse und ihre Handlanger

Die ganze bürgerliche Presse kläfft wie eine wildgewordene Hundemeute über den konsequenten Kampf der britischen Fordarbeiter, die seit sechs Wochen im Streik für ihre gerechten Forderungen stehen. Am wildesten hetzt natürlich wie immer die Springerpresse. „Streik bei Ford in England gefährdet deutsche Arbeitsplätze" lautet eine fette Schlagzeile in der „Welt" vom 2. November.

Aber jeder klassenbewußte deutsche Arbeiter weiß, daß es auch zum Nutzen des deutschen Arbeiters ist, wenn seine Kollegen in England die brutalen Angriffe der Kapitalisten nicht kampflos hinnehmen. Die britischen Fordarbeiter wehren sich gegen die massive Verschlechterung ihrer Lebenslage durch Inflation, Arbeitshetze und Rationalisierungsterror.

Die deutschen Fordarbeiter haben die gleichen Interessen wie ihre britischen Kollegen. Auch sie brauchen mehr Lohn. Auch sie müssen sich gegen verschärfte Antreiberei und Rationalisierungsterror wehren. Auch sie fordern — wie die streikenden britischen Kollegen — die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Wenn jetzt die Bosse des Multi-Autokonzerns sich für den Streik in England mit Kurzarbeit in Saarlouis und Köln schadlos halten wollen, so wäre die richtige Antwort: Solidaritätsstreik, selbst Forderungen aufstellen. Stattdessen hat die IGM-Betriebsratsmehrheit in Saarlouis sogar ihre Zustimmung zu der Kurzarbeit gegeben! Anstatt die internationale Solidarität zu organisieren, unterstützt der IGM-Apparat das Spaltungsmanöver der Fordkapitalisten.

Ein Staatssekretär wird Unternehmer

Nach seinem ehemaligen Chef, dem früheren Wirtschaftsminister Friderichs — heute im Vorstand der Dresdner Bank — ist jetzt auch der Staatssekretär Rohwedder in die Konzern-Chefetagen hinübergewechselt.

Rohwedder wird am 1. Januar in den Vorstand der Hoesch AG eintreten. Das Geschäft ist für ihn jedoch nicht neu. Als Staatssekretär für die Bereiche gewerbliche Wirtschaft, Energie, Außenwirtschaft und Entwicklungshilfe war er auch für den Stahlsektor zuständig, hat er längst die Freundschaft der Stahlkapitalisten erworben. Bevor er 1969 in den Dienst des Bonner Staates trat, war er außerdem selbst Unternehmer. Schon damals habe er — so Rohwedder — „feeling und Geruch" für das typische Stahl- und Industriemilieu an der Ruhr in sich aufgenommen.

Den Übertritt des Staatssekretärs zur Hoesch AG makelte bezeichnenderweise die Deutsche Bank. Für Rohwedder wird es kein schlechtes Geschäft: er wird das dreifache seines bisherigen Gehaltes verdienen: 450.000 Mark. Ihm winkt außerdem weiterer Aufstieg. Als möglicher Nachfolger des Vorstandsvorsitzenden Solbach, der in knapp zwei Jahren zurücktritt, kann er der zweite Mann im holländisch-deutschen Estel-Hoesch-Konzern werden, einem der größten europäischen Stahlkonzerne überhaupt. — Umgekehrt profitiert natürlich auch die Hoesch AG. Rohwedder bringt — wie es eine westdeutsche Zeitung vornehm ausdrückt — „aus seiner Verantwortung ... viele nationale und internationale Erfahrungen und Kontakte mit". — Vor allem Kontakte, sprich: Beziehungen, die sich für den Hoesch-Konzern auszahlen werden, wenn es um die Verteilung staatlicher Aufträge und Subventionen geht.

Schmidt in Italien und Frankreich

Europäisches Währungssystem soll zum Jahresbeginn in Kraft treten

Zu Gesprächen mit den Staatschefs Andreotti und Giscard reiste der Bonner Kanzler Schmidt in der vergangenen Woche nach Italien und Frankreich. Als wichtigstes Ergebnis seiner Verhandlungen bezeichnete er die Tatsache, daß sich auch die italienische Regierung für einen Anschluß an das geplante Europäische Währungssystem (EWS) ausgesprochen hätte. Einer Einführung dieses Systems mit dem Beginn des neuen Jahres stünde jetzt nichts mehr im Wege.

Worum geht es bei dem EWS? In der Bonner Propaganda werden seine segensreichen Folgen ausgemalt. Es soll die starken Währungsschwankungen innerhalb der EG begrenzen und den wirtschaftlich schwächeren Ländern zu mehr Stabilität verhelfen. In den Ländern, die Schmidt jetzt mit seinem Segen beglücken wollte, sah man das allerdings anders. Einige Zeitungen in Italien und Frankreich zum Beispiel sprachen offen davon, daß mit dem EWS Europa in eine D-Mark-Zone verwandelt würde.

Und tatsächlich funktioniert dieses System gerade im entgegengesetzten Sinne als es die Bonner Propaganda darstellt. Es stärkt die ohnehin schon Starken in der EG, allen voran den westdeutschen Imperialismus, auf Kosten der Schwächeren. Mehr noch: Es erlaubt ihnen, direkt in die Wirtschaft und die Politik der schwächeren Länder einzugreifen. Die Ursachen dafür liegen in der Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), den dieses System vorsieht. In den Fonds sollen alle Regierungen etwa 20 Prozent ihrer Währungsreserven einzahlen. Er hätte dann einen Umfang von 65 Milliarden Mark.

Bonn hat das Sagen

Der wesentliche Zweck des Fonds ist es, Kredite für solche Regierungen bereitzustellen, die sich wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenübersehen. Und wer bestimmt über die Vergabe von Krediten und ihre Bedingungen? In aller erster Linie Bonn. Denn die Bundesrepublik wird mehr als ein Drittel der Einlagen in den Fonds einzahlen und ihn damit wesentlich kontrollieren. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Lahnstein, hat auch schon die Marschroute der Bonner Kreditpolitik mit dem EWF angedeutet, als er erklärte: „Diese Kredite sind mit wirtschaftlichen Auflagen verbunden... Der IWF kann hier neben anderen als Vorbild dienen." Dieser IWF (Internationaler Währungsfonds), der unter der Kontrolle der US-Banken steht, ist das amerikanische Konkurrenzunternehmen zu dem jetzt entstehenden europäischen Fonds. An seinem Beispiel, das von Bonn zum Vorbild erklärt wird, kann man auch sehen, was es mit den Auflagen auf sich hat, die mit der Kreditvergabe verbunden sind. So mußten sich verschiedene Regierungen Lateinamerikas verpflichten, ein reaktionäres Wirtschaftsprogramm anzunehmen, bevor sie mit Krediten aus dem IWF bedient wurden.

Europa der Monopole

Bestandteil solcher Programme waren immer die drastischen Einschränkungen der Staatsausgaben durch Massenentlassungen im öffentlichen Dienst und eine Verteuerung der staatlichen Dienstleistungen, sowie Lohnsenkungen in der privaten und staatlichen Wirtschaft. Ein ähnliches Programm wurde auch Portugal aufgezwungen, das ebenso wie Italien und Britannien Kunde beim IWF ist.

Und in diese Fußstapfen wollen jetzt die Bonner Finanzhaie treten. Mit dem Europäischen Währungsfonds, der im nächsten Jahr unter ihrer Kontrolle geschaffen werden soll, können sie ihre Vorherrschaft in Europa noch weiter ausbauen, können sie noch brutaler ihre Bedingungen diktieren. Es gilt jetzt schon als ausgemacht, daß die erwähnten europäischen Länder künftig ihre Kredite nicht mehr aus dem IWF, sondern aus dem europäischen Fonds beziehen werden. In dieser Tatsache ist auch der Grund für den Widerstand zu sehen, den Washington der Errichtung des Europäischen Währungssystems entgegensetzt. Denn dieses System wird die Positionen der amerikanischen Imperialisten und vor allem die Stellung des Dollars noch weiter schwächen.

In erster Linie aber ist dieses System ein Instrument, das den Werktätigen der wirtschaftlich schwächeren Länder Europas noch größere Lasten aufbürden wird. Sie sollen noch stärker bluten für die Profite einer Handvoll europäischer, vor allem westdeutscher, Finanzmagnaten und Monopolherren, die mit solcher Art „Sanierung" neue Milliarden einstecken können. Das EWS ist nur die letzte Ausgeburt der EG. Gegen dieses Europa der Monopole müssen sich die Werktätigen der westeuropäischen Länder im gemeinsamen Kampf zusammenschließen.

Kurz berichtet

Kiel

Etwa 60 Kollegen und Genossen unserer Partei ehrten das Andenken der proletarischen Opfer der Kämpfe in der Novemberrevolution. In einem Schweigemarsch zogen sie vom Eingang des Kieler Friedhofs „Eichhof" bis zur Gedenkstätte für die Opfer der Novemberrevolution und des Kapp-Putsches. Dort legten sie einen Kranz nieder, sangen zwei Revolutionslieder, und in einer Ansprache würdigte ein Genosse den selbstlosen Kampf der Kieler Matrosen und Arbeiter für eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Die Stadt Kiel hat diese Gedenkstätte seit Jahren verwahrlosen lassen. Die Genossen der Partei halten das Andenken an die Novemberkämpfer wach, unter anderem durch die alljährliche Gedenkfeier auf dem Friedhof „Eichhof".

Buxtehude

Die Genossen in Buxtehude führten eine antifaschistische Woche durch, als ersten Schritt zum Aufbau einer antifaschistischen Gruppe. Zur Vorbereitung steckten sie breit Flugblätter zum Hamburger Antifaschistenprozeß, verteilten ihr Programm und klebten einige Plakate und große Wandzeitungen. Außerdem fand man in der Innenstadt viele Aufkleber, die saßen fest wie eingemeißelt. Eine kurze Theaterszene, in der Innenstadt aufgeführt, erregte große Aufmerksamkeit.

Im Laufe der antifaschistischen Woche wurden drei Veranstaltungen durchgeführt, auf denen Spiel- und Dokumentarfilme vorgeführt wurden und ein Genosse über den Hamburger Prozeß, seine Lehren und Hintergründe, berichtete. Die „Elbspeelers" traten auf, und das Hamburger „Rote Sprachrohr" zeigte sein ausgezeichnetes Stück „Und Meyer hält sich doch nicht raus". Die Neonazis und die staatliche Faschisierung wurden in Redebeiträgen entlarvt. Die durchschnittlich vierzig Besucher konnten sich mit Schmalzbroten und Getränken versorgen und kauften eine Menge Literatur. Etwa die Hälfte der Besucher waren zum ersten Mal auf einer Veranstaltung der Partei.

Berichtigungen

1. Im RM 44 brachten wir auf der Seite „Oktober im Bild" zwei Bilder über den Wahlkampf in Hessen und Bayern. Wir müssen berichtigend feststellen, daß das obere der beiden Bilder eine Szene aus einer Aktion der „Bürgerinitiative gegen die Diätenerhöhung" und des „Volkskulturvereins", nicht aber unserer Partei, darstellt.

2. In der gleichen Ausgabe wird auf Seite 7 unter „Kritik am Faschismus — ‚ungeeignet'" Rudolf Heß benannt. Es muß aber in diesem Fall heißen: Rudolf Höß.

3. Auf Seite 11 war durch einen bedauerlichen Auslassungsfehler zu lesen: „Die gewaltsame Zerschlagung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus..." Richtig lautet dieses Zitat aus der gemeinsamen Erklärung der fünf marxistisch-leninistischen Parteien: „Die gewaltsame Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie und des Kapitalismus, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus..."

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt...

Der Wert des Menschen

Ein Kölner Professor hat ihn nun auf die Mark genau berechnet: den Geldwert des Menschen. Ein vollbeschäftigter Mann ist demnach 657.199, eine berufstätige Frau dagegen nur 366.714 Mark wert. Ein 20jähriger Mann mit abgeschlossener Berufsausbildung, der eben ins Berufsleben eintritt, kann mit 273.000 Mark veranschlagt werden. Eine Hausfrau bringt 216.006 und ein Kind gar nur 28.584 Mark.

Berechnungen wie diese sind nicht so neu, wie die Zeitungen, die sie abdruckten, uns glauben machen wollten. Wir kennen ähnliche Rechnungen aus der Nazi-Zeit. Da berechneten die SS-Schergen, welchen Geldwert ein Häftling im Verlaufe des Programms „Vernichtung durch Arbeit" erbrachte, das im Zusammenwirken mit heute immer noch blühenden deutschen Großkonzernen durchgeführt wurde. Die Konzerne zahlten einen täglichen Verleihlohn von durchschnittlich 6 Reichsmark. Diese summierten sich — abzüglich der Unkosten für Ernährung und Bekleidung — bei einer durchschnittlichen dreivierteljährigen Lebensdauer auf 1.431 Reichsmark. Die „Verwertung" der Leiche erbrachte — abzüglich der Verbrennungskosten in Höhe von 2 Reichsmark — noch einmal 200 Reichsmark. Blieben summa summarum 1.631 Reichsmark.

Daß der Geist, der hinter beiden angeführten Rechenarten steckt, sich durchaus vergleichen läßt, zeigt sich an der Fragestellung der Studie des Kölner Professors: „Welchen Gewinn hat die Gemeinschaft beim Vermeiden tödlicher Verkehrsunfälle?" Es wird das Beispiel eines Rettungshubschraubers angeführt, der seine jährlichen Kosten in Höhe von 636.000 DM amortisiert, wenn er jährlich zwei Menschen vor dem Tode bewahren hilft. Wo aber bleibt die Rentabilität, wenn der Hubschrauber nur zwei Hausfrauen rettet? Oder gar nur vier Kinder?

Der Gedanke, daß der Mensch das höchste Gut ist, nicht aufrechenbar in Mark und Pfennig, ist einem Gesellschaftssystem, dessen höchster Leitstern der kapitalistische Profit ist, grundsätzlich fremd. Ein Fall wie der des Kindes Zef Kacoli, der aus dem sozialistischen Albanien berichtet wurde, ist hierzulande undenkbar, weil unrentabel. Das Dorfkind Zef verlor im Alter von fünf Monaten infolge eines schweren Unfalls Oberlippe, Nase und Oberkiefer.

Zef verbrachte nun sechs Jahre im Krankenhaus (die medizinische Versorgung in Albanien ist kostenlos). 28 chirurgische Eingriffe wurden vorgenommen, damit das Kind wieder ein normales Aussehen erhielt. Eine Kostenrechnung enthielt der Bericht aus Albanien, der im übrigen Freude über die geglückte Heilung ausdrückte, nicht.

Folklore-Festival in Gjirokastra

Volkskunst in Albanien

Vom 6. bis 12. Oktober war Gjirokastra, die uralte Stadt im Süden Albaniens, die Geburtsstadt des Genossen Enver Hoxha, die Museumsstadt der 2.000 Treppen mit den winkeligen gepflasterten Gassen, den zahlreichen charakteristischen Häusern und der alten wehrhaften Festung, Austragungsort des III. Nationalen Folklore-Festivals Albaniens. Zwei Genossen unserer Partei hatten auf Einladung des Albanischen Schriftsteller- und Künstlerverbandes Gelegenheit, dieses großartige Ereignis mitzuerleben.

Ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen in unserem Land steht die Folklore im sozialistischen Albanien in voller Blüte. Sie wird mit allen Mitteln von Staat und Partei, von der ganzen Gesellschaft gefördert, und ist im Volk tief verwurzelt. Ausdruck davon ist das inzwischen zur Tradition gewordene, alle fünf Jahre in Gjirokastra stattfindende Nationale Folklore-Festival. An den Ausscheidungen, die in der ersten Jahreshälfte in Betrieben und Institutionen, in Stadt und Land durchgeführt worden waren, hatten über 53.000 junge und alte Künstler aus den Reihen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz teilgenommen. Dabei waren die besten Ensembles und Solisten auf Bezirksebene ausgewählt worden.

Jeder der 26 Bezirke Albaniens war dann mit 60 Künstlern — Sängern, Tänzern, Instrumentalisten — auf dem Festival vertreten; insgesamt 1.560 (davon waren 812 Genossenschaftler, 383 Arbeiter, 100 Schüler und 250 Angestellte). Sie traten in 500 verschiedenen Trachten auf (doppelt so viel wie beim letzten Festival), ein Viertel davon wurde zum ersten Mal vorgeführt. Sie trugen 70 neue Volkstänze und 140 neue Lieder vor. Zu diesem Festival sind Hunderte unbekannter alter Tänze, Lieder und Trachten gesammelt und weitere Hunderte neu geschaffen worden.

In diesen nackten Zahlen drückt sich aus, welchen Massencharakter die Volkskunst in Albanien heute hat, welch gewaltige Arbeit geleistet wurde und wird, um all diese Schätze, die das Volk geschaffen hat, zutage zu fördern, am Leben zu erhalten und weiterzuentwickeln. Immer wieder heißt es: Das Volk ist der größte Künstler. Der Komponist Simon Gjoni, der uns begleitete, hob hervor, daß dieses Festival für ihn und seine Kollegen, die Berufskünstler, eine unversiegbare Quelle darstellt, bei der sie viele Anregungen für ihr Schaffen finden und auch überprüfen können, wie weit ihr eigenes Schaffen gelungen ist, ob es wirklich tief im Volksschaffen wurzelt.

Uns scheint, als ob im Verlauf der Woche dieses Festivals die ganze Geschichte des tapferen albanischen Volkes vorüberzieht. Es beginnt schon mit der malerisch gelegenen Freilichtbühne oben auf der mächtigen Festung. Die Tausende von Zuschauern füllen den großen Platz, sitzen aber auch auf den Gemäuern der Festung, während die Gruppen, die ihren Auftritt hinter sich haben, auf die Zinnen der Burg hinaufsteigen, sich dort oben niederlassen und von dort den Auftritten der nächsten Gruppen zusehen. Ein prachtvolles Bild. In außergewöhnlicher Vielfalt schildern die verschiedenen Gruppen in ihren Liedern, Tänzen und Instrumentalstücken Leben, Kampf und Arbeit des Volkes in Vergangenheit und Gegenwart. In ergreifenden dramatischen Liedern aus der Vergangenheit werden das Elend des Volkes und die Brutalität der herrschenden Klassen, der Beys und Agas, angeprangert, aber auch der Haß und die Empörung des Volkes auf die Ausbeuter und Unterdrücker dargestellt. Heroische Lieder besingen Heldentaten der Kämpfer der albanischen Wiedergeburt, der Partisanen des Nationalen Befreiungskampfes und der neuen Menschen des Sozialismus.

Viele Lieder besingen die Partei und ihren Führer, Genossen Enver Hoxha. Die meisten Lieder haben epischen Charakter, es gibt aber auch lyrische und satirische Lieder. Besonders fällt auf, wie aktuell sie sind. Sie greifen allerjüngste Ereignisse auf und nehmen revolutionär dazu Stellung: über das metallurgische Kombinat Elbasan ebenso wie die jüngste Rede des Genossen Enver Hoxha zur proletarischen Demokratie, über die feindliche Note der chinesischen Revisionisten an die albanische Regierung ebenso wie über die verdiente Antwort der Partei der Arbeit darauf. Besonderen Erfolg hatte beispielsweise ein polyphones satirisches Lied mit dem Titel: „Vier Worte zu acht Punkten", das die konterrevolutionäre proamerikanische Politik Chinas mit beißendem Spott auseinandernahm. Hier ist deutlich die Entwicklung und Lebenskraft der Folklore, ihr sozialistischer Inhalt bei nationaler Form zu spüren.

Dieselbe Mannigfaltigkeit haben auch die Tänze. Welch ein Kontrast zum Beispiel zwischen den eleganten Tänzen der Mädchen der griechischen Minderheit aus Dropulli, den heiteren Tänzen aus Korça und den Tänzen voller Kraft aus dem Gebirge des Nordens. Die Popularität der Volksmusik zeigt sich nicht nur in den hervorragenden Leistungen der Gruppen auf der Bühne (wie schwer muß es die Jury gehabt haben, die beste Gruppe auszuwählen!), sondern auch anschließend, wenn die Gruppen einzelner Bezirke oder auch gemischte Gruppen aus verschiedenen Bezirken durch die Stadt ziehen. Bis in den späten Abend singen und tanzen die Menschen gemeinsam in den überfüllten Straßen und Gassen. Ja, und nicht nur in Gjirokastra. Bestimmte Gruppen fahren in die umliegenden Orte: nach Saranda, Delvina, Libohova usw. Darüber hinaus verfolgt das ganze Volk, jung und alt, in Nord und Süd, die Vorstellungen über Rundfunk und Fernsehen. Überall wird sehr sachkundig darüber diskutiert.

Man fragt sich unwillkürlich: Wie schafft das kleine Albanien derart Großartiges, wie ist so eine Vielfalt und Buntheit möglich? Es ist bestimmt keine Übertreibung, wenn man behauptet, daß dieses Festival einmalig in der Welt ist. Die Erklärung ist einfach: Erst der Sozialismus hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, insbesondere die enge, stählerne Einheit zwischen Partei und Volk. Schon im Kindergarten werden die jungen Talente gefördert. Erfahrene Volkskünstler helfen den Jüngeren. Sinnbild dafür waren bei dem Festival die gemeinsamen Auftritte von drei bis vier Generationen im Alter von fünf bis 75 Jahren! War das Lied früher — wie eine Sängerin erzählt — ein Mittel, um sich den Hunger zu vertreiben, ist es heute ein Mittel, das Glück des Volkes im sozialistischen Vaterland, seine tiefempfundene Liebe zur Partei der Arbeit zu besingen, der es alle Errungenschaften verdankt. Sie und ihre prinzipienfeste marxistisch-leninistische Linie war es, die diese unerschöpflichen Energien der alten und jungen Meister auf dem Gebiet der Volkskunst freigesetzt hat. So wurde in Albanien die Folklore zu einer ebensolchen Festung wie der Ort, wo das Festival stattfand: uneinnehmbar von den ausländischen imperialistischen und revisionistischen Einflüssen. Im Gegensatz zur alten Festung von Gjirokastra wird albanische Folklore allerdings künftig immer mehr erblühen und auch immer größere internationale Ausstrahlungskraft erhalten. In diesem Sinne stellt sie auch eine wichtige Waffe zur Verteidigung des Sozialismus dar.



Erster albanischer Traktor hergestellt

Fahrzeug- und Traktorenkombinat „Enver Hoxha"



Der erste albanische Traktor

Am 14. Oktober versammelten sich in Tirana Tausende Werktätige der Arbeits- und Produktionszentren, der Ministerien und der verschiedenen Institutionen, Vertreter der Massenorganisationen, Militärangehörige und Jugendliche der Schulen Tiranas, um an der Einweihung eines neuen metallverarbeitenden Werkes teilzunehmen. Das neue Werk ist ein Ergebnis der Anstrengungen albanischer Planer, Bauarbeiter und Monteure. Es bildet nun zusammen mit dem „Traktori"-Werk und dem Werk „Enver" ein großes Kombinat, dem der Name „Fahrzeug- und Traktorenkombinat Enver Hoxha" gegeben wurde. Ebenfalls während der Einweihungsfeierlichkeiten wurde in diesem Kombinat der erste Traktor albanischer Produktion vorgestellt.

Bei der Einweihung anwesend waren auch Mehmet Shehu, Hysni Kapo, Rita Marko und andere führende Genossen aus Partei und Staat. Genosse Hysni Kapo ergriff das Wort. Es herrschte eine Atmosphäre revolutionärer Begeisterung.

Die Albaner hatten allen Grund, sich zu freuen. Denn betrachtet man die Entwicklung ihres Landes, so bedeutet die Herstellupg einer so wichtigen Basis ihrer metallverarbeitenden Industrie, die Produktion von Traktoren aus eigenen Kräften, einen enormen Sieg. Vor der Befreiung war Albanien das rückständigste Agrarland Europas. Seine wenigen kleinen Werkstätten, von denen die Hälfte nicht mehr als zehn Arbeiter beschäftigte, verarbeiteten hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte. Durch die faschistische Besatzung wurde die ohnehin dürftige Industrie fast ausgelöscht. — Heute hat sich die Situation grundlegend gewandelt. Geführt von ihrer kommunistischen Partei, gestützt auf das leninistische Prinzip des Aufbaus des Sozialismus aus eigener Kraft haben die albanischen Werktätigen nach der Befreiung in hohem Tempo industrielle Werke geschaffen. Das neue Werk zum Beispiel setzt sie in die Lage, ihrer Wirtschaft Werkzeuge, Maschinen und Ausrüstungen zu geben, die sie vorher einzuführen gezwungen waren.

Der Bau von Traktoren aus eigener Kraft ist auch ein Ergebnis des unablässigen Kampfes gegen die inneren und äußeren Feinde, gegen die Erpressungsversuche seitens der verschiedenen Imperialisten und Revisionisten — zuletzt der chinesischen Revisionisten. Wie Genosse Hysni Kapo in seiner Rede ausführte, legte die chinesische Führung gerade auch bei der Errichtung des Tiranaer Werkes den albanischen Werktätigen viele Hindernisse und Schwierigkeiten in den Weg. Die albanischen Arbeiter, Techniker, Ingenieure und Spezialisten jedoch entwarfen, erbauten und montierten dieses Werk in einer Rekordzeit und übergaben es in qualitativ hohem Zustand seiner Bestimmung.

„Albanien ist ein harter Brocken, der auch den chinesischen Revisionisten im Halse steckenbleibt", sagte Genosse Hysni Kapo.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

ÖTV-Tarifrunde: ÖTV-Hauptvorstand spricht von 5,5-Prozent-Forderung

Der Hauptvorstand der ÖTV will den Mitgliedern offensichtlich eine unverschämte Niedrigforderung aufs Auge drücken. Er hat verlauten lassen, daß er folgende Forderung für richtig hält: 5,5 Prozent — mindestens jedoch 100 Mark und mehr Nachtarbeitszuschlag. Die ÖTV-Bonzen wissen selbstverständlich genau, daß unter den Gewerkschaftsmitgliedern ganz andere Forderungen diskutiert werden. Die überwiegende Mehrheit der Kollegen ist für eine erheblich höhere Forderung, und zwar nicht für eine Prozentforderung, sondern für eine Festgeldforderung. Die Vorschläge, die bisher von Mitgliederversammlungen oder Vertrauensleuten gemacht wurden, liegen zwischen 150 und 200 Mark. Die RGO im Hamburger Hafen hat vor kurzem zur Tarifrunde 78/79 ein Flugblatt herausgebracht, in dem die Forderungen der Kollegen unterstützt werden. Unter anderem wird in dem Flugblatt daraufhingewiesen, daß in verschiedenen Teilen des Hamburger Hafens von den Kollegen Forderungen von 150 DM, 160 DM oder 200 DM aufgestellt wurden und daß sogar in der Tarifkommission der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA: größter Betrieb im Hamburger Hafen) eine Festgeldforderung von 150 DM in der Diskussion ist.

Die RGO im Hamburger Hafen schreibt in dem Flugblatt unter anderem: „Manche Kollegen meinen: Was wir Kollegen als Forderung aufstellen, ist eine Sache, was letzten Endes der Hauptvorstand beschließt, ist etwas ganz anderes. Das stimmt zwar insofern, als der Hauptvorstand sich nicht nach dem Willen der Mitglieder zu richten braucht. Aber wie der letzte Streik gezeigt hat, kann sich der Vorstand auch ganz gehörig die Nase stoßen, wenn wir uns alle einig sind!"

Rekordumsatz der Rationalisierungsberater

Die Unternehmensberater, die ihr Geschäft nicht zuletzt dadurch machen, daß sie für die Unternehmer, die ihre Kunden sind, Rationalisierungspläne erstellen, erwarten einen Umsatzzuwachs von 12,5 Prozent und Honorare von insgesamt 1,2 Milliarden Mark in diesem Jahr. Bekanntlich besteht der wesentliche Sinn der Rationalisierung im Kapitalismus darin, Arbeitsplätze zu vernichten und den Unternehmern höhere Profite zu ermöglichen, indem sie aus geschrumpften Belegschaften höhere Produktionsergebnisse herauspressen.

Siemens-Bauelemente: Montage fast nur noch in „Billiglohnländern"

Das Vorstandsmitglied der Siemens AG, München, Dr. Friedrich Baur, gab kürzlich bekannt, daß Siemens die Montage von elektronischen Bauelementen fast ausschließlich in die sogenannten Billiglohnländer verlagert hat. Die Montage der Bauelemente ist arbeitsintensiv. Die Verlagerung in Billiglohnländer ermöglicht den Kapitalisten eine enorme Steigerung ihrer Profite. Der Anteil der integrierten Schaltungen, für die die Bauelemente gebraucht werden, liegt gegenwärtig bei Siemens bereits bei mehr als 20 Prozent des Gesamtumsatzes. Bis 1982/83 soll er auf 30 Prozent steigen. Die riesigen Gewinne, die der Siemenskonzern erzielt, werden nicht zuletzt durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Inland und die erbarmungslose Ausbeutung von Arbeitern in den sogenannten Billiglohnländern möglich.

Stillegungen und Massenentlassungen gehen weiter

Einige aktuelle Beispiele dafür, wie die Kapitalisten trotz des konjunkturellen Aufschwungs die Arbeitsplatzvernichtung uneingeschränkt weitertreiben:

Auf der Thyssen-Henrichshütte in Hattingen sollen 1.000 weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Das ergibt sich aus einer sogenannten Rationalisierungsstudie, die der Thyssen-Vorstand jetzt dem Betriebsrat vorlegte. Aus dem Rationalisierungsplan geht weiter hervor, daß die Produktionskapazitäten nicht verringert werden sollen. Die hannoversche Kaiser-Brauerei wird stillgelegt, 128 Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Brauerei gehört der Hamburger Holsten-Brauerei. In Westberlin wird der Metallbetrieb Karl Fischer GmbH mit 160 Beschäftigten stillgelegt. In Braunschweig gehen die Wilke-Werke (Behälter- und Apparatebau) in Konkurs.

Massenentlassungen bei VFW-Fokker in Speyer

Nun ist es wieder so weit: 55 VFW-Kollegen sollen auf die Straße fliegen. Die Bosse wollen weitere 150 Kollegen entlassen und auf längere Sicht soll das Werk in Speyer ganz geschlossen werden.

Doch sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Wirt, die VFW-Arbeiter, lassen sich dies nicht gefallen. Im Werk fanden mehrere kurze Streiks statt, die beweisen, wie entschlossen sich die Arbeiter und Angestellten gegen den Angriff auf ihre Arbeitsplätze wehren.

Das Werk in Speyer arbeitet angeblich nicht rentabel genug, obwohl erwiesen ist, daß in Speyer die Profite jährlich gestiegen sind. Der Flugzeugkonzern VFW arbeitet vornehmlich für den Krieg. Diese Profite reichen den VFW-Kapitalisten aber nicht — sie wollen mehr — und somit ist es das Einfachste für die Bonzen, das Werk Speyer zu schließen und die Produktion auf die vorhandenen Werke in Frankreich und Bremen zu verteilen. Was das für die Kollegen in Bremen und Toulouse bedeutet, kann man sich an den fünf Fingern abzählen, noch größere Arbeitshetze, damit mehr Arbeitsunfälle und weitere Verschärfung der Lage der Arbeiter.

Der Betriebsrat und die Gewerkschaft organisieren nicht etwa einen Streik, nein, sie halten Schlichtungsverhandlungen ab und hoffen auf die Einsicht der VFW-Bonzen. Auch der liebe Gott soll helfen. Kamen doch verschiedene Kirchenvertreter vor das Werkstor von VFW, um ihre Besorgnis zum Ausdruck zu bringen. Es ist nicht verwunderlich, daß der Betriebsrat die Pfaffen mit offenen Armen begrüßte und sich anschließend mit den Pfaffen in das Betriebsratsbüro zurückzog. Ihre Hilferufe zum lieben Gott scheinen aber kein Gehör gefunden zu haben. Auch die bürgerlichen Parteien wollen verlorengegangenes Prestige zurückgewinnen.

Vor einiger Zeit weilte der SPD-Bundestagsabgeordnete Wehner in Speyer. Damals sagte doch dieser Arbeiterverräter: „Ich will Ihnen zu Ihrem Recht verhelfen, und hier muß ein Unglück verhindert werden. Solidarität ist für mich Pflicht." Heute fragen sich die VFW-Kollegen, welche Solidarität meinte er denn? Die mit uns kann er ja nicht gemeint haben! Solche Versprechungen wurden von SPD, CDU und FDP massenhaft geliefert, doch auf diese leeren Phrasen folgten nie Taten. Dies haben viele VFW-Kollegen erkannt, und sie wissen, daß sie ihre Arbeitsplätze nur dann sichern können, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft stützen.

Mittlerweile sind 16 Kündigungen ausgesprochen, am selben Tag wurde die Arbeit niedergelegt und eine außerordentliche Betriebsversammlung abgehalten.

Sonderschichten bei Opel-Rüsselsheim

Revolutionärer Betriebsrat an der Spitze des Widerstandes

Nahezu jeder dritte Beschäftigte bei den Opelwerken in der Bundesrepublik stirbt, bevor er das Rentenalter von 63 Jahren erreicht hat. Darauf wies vor einiger Zeit auf einer Belegschaftsversammlung bei Opel/Rüsselsheim der Kollege Heinz Aufschläger hin. Heinz Aufschläger ist ein revolutionärer Arbeiter und wurde im Mai dieses Jahres über die Liste „Arbeiteropposition" in den Betriebsrat gewählt.

Heinz Aufschläger gehört zu jenen Kollegen, die konsequent gegen die von den Opel-Bossen beantragten acht Sonderschichte bis einschließlich Februar nächsten Jahres gekämpft haben. Wie wir schon im Roten Morgen gemeldet haben, hat bei Opel-Rüsselsheim die Mehrheit des Betriebsrates am 19. Oktober für die Sonderschichten gestimmt. Das Abstimmungsverhältnis: 33 Stimmen dafür und 18 dagegen. Bei Opel-Bochum hingegen wurden die Sonderschichten mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Was hat nun das Sonderschichtenproblem mit dem frühen Tod vieler Automobilarbeiter zu tun? Dazu Kollege Aufschläger auf der Belegschaftsversammlung: *„Denn wer hier bei Opel arbeitet (...), der weiß genau, wo die Ursachen für den hohen Krankenstand zu finden sind. Sicher nicht in den klimatisierten Büros der Geschäftsleitung. Aber dort, wo gearbeitet wird, in den Hallen. Die schlechte Luft, der Lärm, die steigende Arbeitshetze und die Verlängerung der 40-Stunden-Woche durch die ständigen Sonderschichten, das ist es, was an der Gesundheit der Kollegen zerrt und den Krankenstand in die Höhe treibt. Das ist es, was die Lebenserwartung der Kollegen verkürzt. (...) Und deswegen, Kolleginnen und Kollegen, können Sonderschichten auch kein Verhandlungsthema sein, bei dem man versucht, dieses oder jenes Zugeständnis zu erreichen"* **(die Opel-Bosse boten als „Gegenleistung" für die acht Sonderschichten einen Tag Urlaub und 125 Mark zusätzlich zu dem tariflich abgesicherten halben Monatslohn von einem Weihnachtsgeld.** *„Die Gesundheit der Kollegen ist einfach kein Verhandlungsthema. Deshalb darf es meiner Ansicht nach im Betriebsrat nur eine Entscheidung geben: Ablehnung der beantragten Sonderschichten!"*

Kollege Aufschläger erhielt auf dieser Versammlung mit am meisten Beifall, mehr Beifall, als der Betriebsratsvorsitzende Heller. Heller und seine mit dem IG-Metall-Apparat verbundene Clique haben auf die Durchsetzung der Sonderschichten hingearbeitet.

Auf der späteren Betriebsratssitzung, als die Abstimmung über den Sonderschichtenantrag auf der Tagesordnung stand, versäumte Kollege Aufschläger es nicht, vor der Abstimmung noch einmal auf die Stimmung der Belegschaft hinzuweisen, wie sie sich auch auf der Belegschaftsversammlung gezeigt hatte. „Die Kollegen haben die Schnauze gestrichen voll von den Sonderschichten." Aufschläger war der einzige, der auf dieser Betriebsratssitzung gegen die Sonderschichten sprach und dazu aufforderte, gegen die Sonderschichten zu stimmen.

Für 33 der 51 Betriebsratsmitglieder aber war nicht der Wille und das Interesse der großen Mehrheit der Belegschaft der Maßstab ihrer Entscheidung, sondern die Profitgier der Opel-Kapitalisten. In einem Extrablatt entlarvt die „Zündkerze" (Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel) den Verrat der Hellerclique:

„Die Feststellung, die ein Kollege auf der Betriebsversammlung traf: ‚Die da oben machen ja doch, was sie wollen', wurde hiermit erneut bestätigt. Gegen die Stimmen der Kollegen, gegen die Abstimmung im Vertrauensleutekörper, gegen die Entschließung der Blockvertrauensleute und sogar gegen Bochum, das die Sonderschichten mit 20 zu 19 Stimmen ablehnte — wurde erneut mit der Mehrheit der IG-Metall-Betriebsräte die Arbeitszeit verlängert."

Verschiedene Kollegen auf der Belegschaftsversammlung und auch Heinz Aufschläger in der Betriebsratssitzung hatten Heller und Co. übrigens folgendes vorgehalten: *„Wer in Worten für die 35-Stunden-Woche auftritt, mit seinen Taten jedoch Arbeitszeitverlängerungen unterstützt, der macht sich unglaubwürdig!"*

Stahltarifrunde

RGO fordert: Sofortiger Abbruch der Verhandlungen!

Am Freitag vergangener Woche kamen die Vertreter des IGM-Apparats und der Stahlkonzerne zu Tarifverhandlungen zusammen. Die Konzernvertreter erlaubten sich die Unverschämtheit, nur 2,1 Prozent mehr Lohn anzubieten.

Nach wie vor lehnen sie jegliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit stur ab. Sie boten lediglich zwei Tage mehr Urlaub an. Das Ziel der Stahlkapitalisten ist klar: eine äußerst niedrige Tariferhöhung, die weiteren Reallohnabbau bedeutet und gleichzeitig weiteres Vorantreiben ihrer brutalen Rationalisierungsfeldzüge. So wollen sie ihre Profite steigern und alle Lasten der Stahlkrise auf den Rücken der Stahlwerker abwälzen. Die IGM-Bonzen weigern sich schon seit Wochen, endlich Konsequenzen aus der Unnachgiebigkeit und dem unverfrorenen Auftreten dieser Profithaie zu ziehen, wie sie im Interesse der Kollegen notwendig wären: Abbruch der Verhandlungen, Einleitung von Kampfmaßnahmen.

Für Montag dieser Woche hat die IGM-Führung nun eine Sitzung der Großen Tarifkommission angesetzt. Die RGO-Betriebsgruppen Hoesch-Dortmund, Krupp-Bochum, Thyssen-Duisburg und Mannesmann-Duisburg brachten zu diesem Anlaß ein gemeinsames Flugblatt heraus, das am Montag auf den Hütten verteilt wurde. Darin wird gefordert: **Sofortiger Abbruch der Verhandlungen! Urabstimmung über Streik für echte Lohnerhöhung und für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**

Große Tarifkommission gegen 35-Stunden-Woche

Fortsetzung von Seite 1

Die gestiegene Arbeitshetze, die zunehmenden gesundheitlichen Belastungen am Arbeitsplatz und überhaupt die sich verschlechternden Umwelt- und Lebensbedingungen machen die 35-Stunden-Woche notwendig. Durch kürzere tägliche Arbeitszeit bzw. durch ein längeres Wochenende muß dem verstärkten Verschleiß der Arbeitskraft entgegengewirkt und die Gefahr gesundheitlicher Schäden und verkürzter Lebenserwartung verringert werden. Zugleich ist die 35-Stunden-Woche notwendig, um den Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzügen der Unternehmer Zügel anzulegen. Zwar kann man die Arbeitslosigkeit nicht abschaffen, solange das kapitalistische Ausbeutersystem nicht beseitigt wird. Aber eine echte Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Mittel, um die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze zu bekämpfen.

Natürlich bringt Verkürzung der Arbeitszeit nur bei vollem Lohnausgleich eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiter und kleinen Angestellten. Lohnabbau als Preis für eine Arbeitszeitverkürzung ist indiskutabel. Um seine Kräfte zu regenieren, braucht der Arbeiter genügend gute Nahrungsmittel, muß er Geld für den Urlaub, für die teilweise sehr teuren Produkte und Dienstleistungen aufbringen, die für seine Erholung heute notwendig sind. Und er muß seine Familie anständig versorgen können. Durch die Wirtschaftskrise, durch die Massenarbeitslosigkeit sind in fast allen Arbeiterfamilien die wirtschaftlichen Sorgen gewachsen. In den vergangenen Jahren ist das Realeinkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten spürbar gesunken. Deshalb brauchen wir echte Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Das wissen auch die DGB-Bonzen. Haben Loderer und Konsorten nicht vor einiger Zeit noch selbst gesagt: „Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich ist praktisch festgeschriebene Kurzarbeit, das steht für uns nicht zur Debatte."?! Das haben sie gesagt! Jetzt aber lassen sie offen erkennen, was ihre Absicht ist: wenn überhaupt Arbeitszeitverkürzung, dann um den Preis von Niedrigstabschlüssen bei den Lohn- und Gehaltstarifen. Sie wissen genau, daß die Arbeiter an Arbeitszeitverkürzung unter solchen Voraussetzungen nicht interessiert sein können. Und darauf spekulieren sie. Auf diese schmutzige Tour versuchen sie die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung einerseits überhaupt madig zu machen, andererseits sie als Vorwand für das Drücken der Lohnforderungen auszunutzen.

Das hat sich schon in der bereits angelaufenen Stahltarifrunde gezeigt, wo der IGM-Apparat den Kollegen die unverschämte 5-Prozent-Forderung aufs Auge gedrückt hat. Und jetzt hat der hessische IGM-Bezirksleiter Pleitgen die 30-Urlaubstage-Forderung der Großen Tarifkommission zur Metalltarifrunde hintergründig zu kommentiert: „Diese Forderung kostet die Arbeitgeber soviel wie eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 1,9 Prozent." An diesem Gerede läßt sich jetzt schon ablesen, daß der IGM-Apparat auch in der Metallverarbeitung auf eine sehr niedrige Lohnforderung hinarbeitet. Allerdings dürften die Bonzen zumindest in den Automobilfabriken auf heftigen Widerstand und Empörung stoßen, denn die Autokapitalisten machen derzeit absolute Rekordumsätze und sie kassieren wahre Superprofite.



Massendemonstrationen in Hamburg und Emden

Kampf der Werftarbeiter geht weiter

Fortsetzung von Seite 1

Die Großkundgebung am 2. November zeigt erneut, wie sehr die Empörung und die Bereitschaft zum Kampf unter den Arbeitern und kleinen Angestellten angewachsen ist. Dabei hatte der IGM-Apparat kaum mobilisiert. Sonst hätten sich sicherlich noch mehr Kollegen an der Aktion beteiligt. Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) tat, was in ihren Kräften stand, um möglichst viele Arbeiter für die Teilnahme an der Kundgebung zu gewinnen. Sie verteilte ein Flugblatt an vielen Hamburger Betrieben, in dem unter der Überschrift „HDW geht uns alle an!" zur Teilnahme an der Aktion aufgerufen wurde. Auch die „Kollegengruppe", ein Zusammenschluß klassenkämpferischer Werftarbeiter auf HDW Hamburg, mobilisierte für die Kundgebung. Sie verteilte bei HDW ebenfalls ein eigenes Flugblatt mit einem Aufruf zur Kundgebung.

Es waren viele Transparente zu sehen, auch aus vielen anderen Betrieben Hamburgs. Auf vielen Transparenten konnte man kämpferische Losungen und die wichtigsten Forderungen der Arbeiter sehen. So zum Beispiel die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Auf einem Transparent hieß es: „Drehn sie uns die Lichter aus, holen wir den Hammer raus!" Auch die RGO-Kollegen trugen Transparente mit: „Keiner darf entlassen werden!" — „Erst Finkenwerder, dann Heidenreich & Harbeck, jetzt HDW? — Mit uns nicht!" Auf einem Transparent der „Kollegengruppe" stand: „Nur der Streik sichert unsere Arbeitsplätze!"

Pfiffe gegen Klose und Peters

Als Redner traten unter anderem Bürgermeister Klose und der Betriebsratsvorsitzende von HDW, Peters, auf. Dabei kam es unter den versammelten Kollegen zu Unmutsäußerungen. Klose und Peters werden zunehmend als Feinde des Kampfes für die Verteidigung der Arbeitsplätze durchschaut, denen es nur darum geht, abzuwiegeln, weil sie mit den HDW-Bossen unter einer Decke stecken.

Die Werftarbeiter werden ihren Widerstand gegen die skrupellosen Rationalisierungs- und Entlassungsfeldzüge der Werftherren künftig noch verstärken. Der Großkundgebung am 2. November werden mit Sicherheit weitere Aktionen folgen. Unsere Partei setzt sich dafür ein, daß in diesen Kämpfen Arbeiterverräter vom Schlage eines Peters zunehmend isoliert werden. Sie wird die RGO dabei unterstützen, die Werftarbeiter zusammenzuschließen und den Weg freizumachen für möglichst militante und wirkungsvolle Aktionen, für machtvolle Streiks, durch die die Werftbosse zu Zugeständnissen gezwungen und die Arbeitsplätze verteidigt werden können.

Erfolgreiche Veranstaltung der RGO

Im Anschluß an die Kundgebung führte die RGO in Hamburg eine kämpferische Veranstaltung durch, zu der 60 bis 70 Kollegen aus verschiedenen Betrieben gekommen waren, darunter auch knapp 20 Kollegen von HDW. Auf der Veranstaltung sprachen sowohl revolutionäre Betriebsräte der „Kollegengruppe" als auch RGO-Betriebsräte von HDW Kiel. Es kam zu einer sehr lebendigen Diskussion. Die „Kollegengruppe" konnte durch diese Veranstaltung ihre Kontakte im Betrieb stärken und ausweiten.

Auch in Emden: Tausende Werftarbeiter demonstrierten

Einen Tag vor der Großkundgebung in Hamburg demonstrierten in Emden mehrere Tausend Werftarbeiter aus dem ostfriesischen Raum gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der Schiffbauindustrie. Aufgerufen hatte die IG Metall. In diesem industriearmen Gebiet an der Nordseeküste wirken sich die Rationalisierungsfeldzüge der Werftherren besonders verheerend auf die Lage des gesamten werktätigen Volkes aus. Es muß befürchtet werden, daß durch die rücksichtslose Vernichtung der Werftarbeitsplätze die Arbeitslosenquote auf 20 Prozent ansteigt.

Kollegen bei Volvo kämpfen für 250 Mark

Die Beschäftigten bei der bundesdeutschen Volvo-Niederlassung in Dietzenbach (Hessen) kämpfen für 250 Mark mehr für alle. In dem Dietzenbacher Volvo-Werk laufen zur Zeit die Verhandlungen um einen neuen Haustarif.

Am Donnerstag vergangener Woche führten die Kollegen bei Volvo einen Autokorso durch, um ihrer Lohn- und Gehaltsforderung nach 250 Mark mehr für alle Nachdruck zu verleihen. Die Geschäftsleitung bietet 6,9 Prozent Lohnerhöhung an. Sie hat diese 6,9 Prozent bereits zum erstenmal ausgezahlt in der Hoffnung, dadurch die Belegschaft spalten und von ihrer Forderung nach 250 Mark mehr für alle abbringen zu können. Aber die Kollegen lassen sich offenbar nicht einseifen.

Der Autokorso, den die Kollegen unter Ausnutzung der gleitenden Arbeitszeit bei Volvo organisierten, soll den Bossen zeigen, daß die Belegschaft nach wie vor entschlossen ist, ihre Forderung nach 250 Mark mehr für alle und damit eine echte Lohnerhöhung durchzusetzen. Der Autokorso fuhr zunächst durch die Stadt, kehrte dann zum Werk zurück und drehte dann mit einem lauten Hupkonzert mehrere Runden um den Betrieb.

Die Volvo-Kollegen wissen, daß die Firma auf das beste Geschäftsjahr seiner Geschichte zurückblicken kann. Dafür mußten die Arbeiter ihre Knochen hinhalten. Jetzt wollen die Volvo-Bosse sie mit einer Lohnerhöhung abspeisen, die nicht einmal ausreicht, um die steigenden Lebenshaltungskosten auszugleichen. Aber offensichtlich haben die Bosse die Rechnung ohne den Wirt gemacht.


Der Mannschaftsraum




Die Waschbecken

Streik auf der Hermosa

Volkskorrespondenz

Seit Dienstag, dem 31. Oktober, 4 Uhr morgens, geht kein einziger Sack Zement mehr an Bord der Hermosa. Der Seelenverkäufer unter panamaischer Billigflagge liegt im Bremer Europahafen fest, die Luken sind dicht. Der italienische Frachter wird bestreikt. 92 Seeleute fordern menschenwürdige Verhältnisse, ihren seit vier Monaten ausstehenden Lohn und gewerkschaftlich abgesicherte Verträge.

Und so sieht es aus auf der Hermosa:

Die Toiletten stinken bestialisch, weil die Wasserleitungen defekt sind. Für 92 Besatzungsmitglieder gibt es einen einzigen Kühlschrank, 40 Liter groß, und der steht in der Offiziersmesse. Bei Seegang steht das Wasser in manchen Kajüten knöcheltief. Für je zwei Seeleute gibt es in den Kajüten vier Quadratmeter Platz. Von den Decken hängen Wassereimer, die das Wasser aus den defekten Versorgungsleitungen auffangen. Es gibt weder Heizung noch Lüftung an Bord. Während die Seeleute hier in Bremen nachts bei drei Grad jetzt schon frieren, stehen ihnen in Lagos, Nigeria, wohin sie fahren sollten, Temperaturen von 45 Grad bevor, die defekten Toiletten zu gefährlichen Krankheitsherden machen.

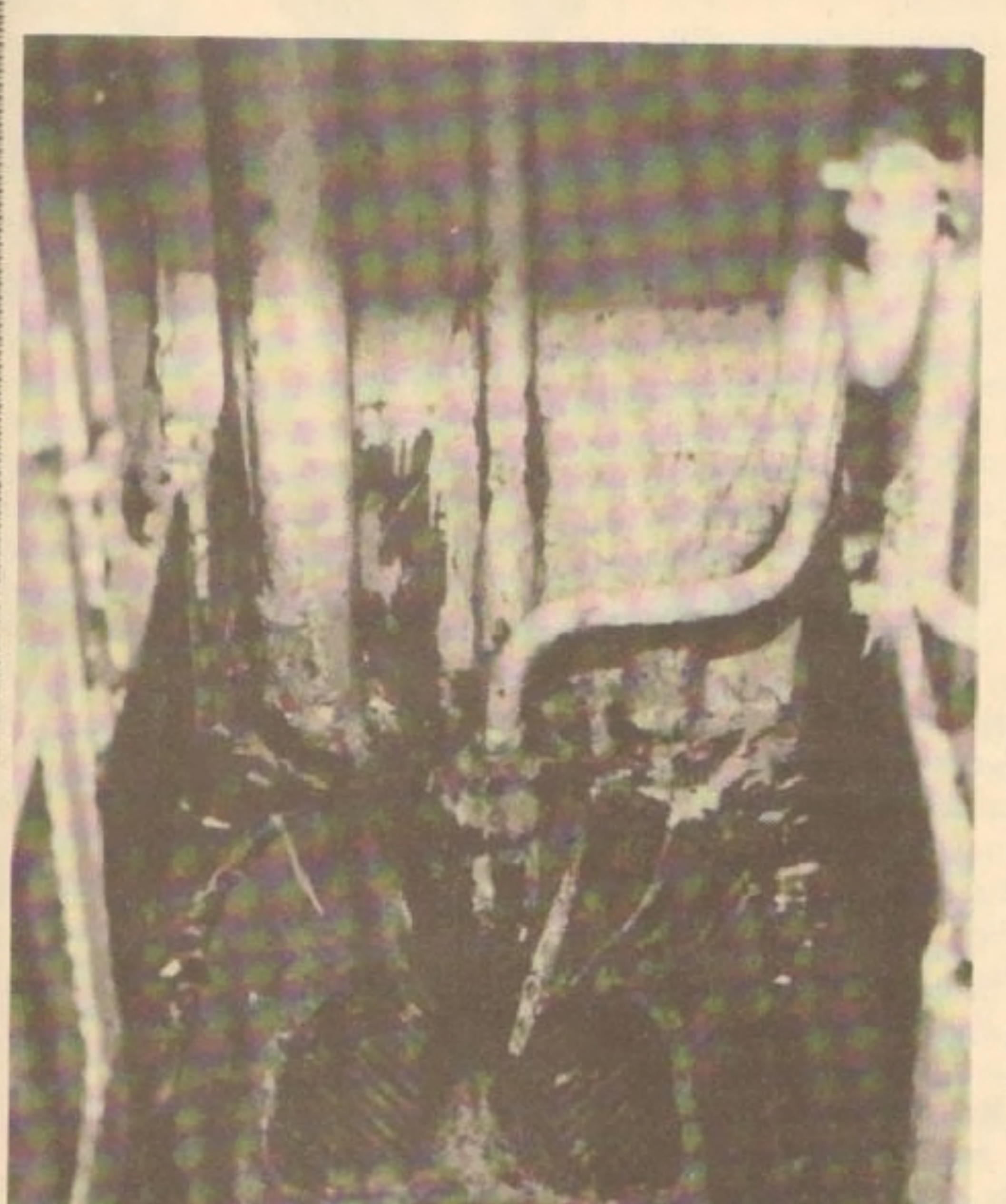
Die Verhältnisse an Bord sind derart unmenschlich, daß sich die polnischen Werftarbeiter in Gdansk geweigert haben, das Schiff überhaupt zu betreten, um die Schäden zu reparieren.

Seit vier Monaten haben die Seeleute, Italiener, Spanier, Nigerianer, Algerier, Jugoslawen, Polen und Sudanesen, keinen Pfennig von ihrer Heuer mehr gesehen, einer Heuer, die sowieso nur ein Drittel der tariflichen Heuer beträgt. Die farbigen Seeleute zum Beispiel erhalten für 192 Stunden Arbeit 433 Dollar, und das, wo der Dollar täglich weniger wert ist. Durch unterschiedliche Bezahlung wollte der Reeder die Mannschaft spalten.

Aber jetzt ist Schluß damit. Geschlossen wie ein Mann steht die Besatzung hinter ihrem Streikrat.

Die erste Antwort des Reeders auf diese Situation war: Seine Bank in der Schweiz sei geschlossen, er käme an das Geld nicht heran, und sie sollten erst beladen, dann stünde er für Verhandlungen bereit. Aber die Seeleute kennen diese Tricks. Sie erklärten: *„Die Luken bleiben geschlossen! Wir haben noch für vier Monate Proviant an Bord, und unser Schiffkoch ist gut, der streikt nämlich mit!"*

Die Seeleute wissen auch schon, wie das nächste Manöver des Reeders aussehen wird. Er wird versuchen, die jetzige Besatzung rauszuschmeißen und neue Seeleute anzuheuern. Wird ihm das gelingen? Ein Mitglied des Streikrats sagt: *„Wir werden dagegen kämpfen!"* Und ihre Kampfmethode sieht so aus: **Fünf neue Seeleute, die der Reeder in Bremen schon angeheuert hat, haben sie schon in ihre Front eingereiht.**


Die Toilette


Die Duschen



Bartholomäus Schink

Die Erhängten von Ehrenfeld

Von westdeutschen Behörden werden noch immer

Widerstandskämpfer als Verbrecher behandelt

Der Fall Bartholomäus Schink (ermordet am 10. 11. 1944)

Am 9. November, dem 40. Jahrestag der Reichskristallnacht, wird der Bundespräsident Scheel nach Köln kommen, um dort, wie es heißt, die Verfolgten des Naziregimes zu ehren. Bei dieser Aktion werden ihm der Kölner Oberbürgermeister John van Nes Ziegler und andere Honoratioren zur Seite stehen. Die antifaschistische Geste, die von den Herren in Köln zur Schau gestellt werden wird, ist jedoch falsch. Und nicht zuletzt ein Fall aus Köln ist es, der sie Lügen straft. In Köln werden antifaschistische Widerstandskämpfer, die ihre Haltung mit dem Leben bezahlen mußten, von Amts wegen immer noch als „Kriminelle" eingestuft — mit allen Konsequenzen für ihre überlebenden Verwandten.

Es geht um den Jugendlichen Bartholomäus Schink, den die Nazis im Jahr 1944 ermordeten. Schink war ein Widerstandskämpfer; er gehörte der Organisation der „Edelweißpiraten" an, die im ganzen Deutschen Reich in Opposition zu den Nazis standen. Eines ihrer Lieder lautete:

**„Des Hitlers Zwang, der macht uns klein
Noch liegen wir in Ketten
Doch einmal werden wir wieder frei,
Wir werden die Ketten schon brechen..."**

Die Gruppen der „Edelweißpiraten" trugen bündischen Charakter; zu ihren Erkennungszeichen zählten — wie es in Hinweisen der Nazis selbst hieß — das Edelweiß, kariertes Schottenhemd, kurze Hosen, weißer Schal, weiße Kniestrümpfe, Guitarre und Fahrtenmesser. Bekannt war auch ihre Vorliebe für Waldspaziergänge und Dampferfahrten sowie für amerikanische Jazzmusik. Das letztere brachte Barthel Schink schon bald in die schwarzen Listen der Nazis — als „Niggermusikant" und „nicht rassenbewußter Volkstumsfeind". Barthel Schinks Haß gegen die Nazis saß tief. Aufgewachsen in einem antifaschistischen Elternhaus, hatten viele Erlebnisse der nazifaschistischen Wirklichkeit seinen Sinn für Gerechtigkeit geschärft und seine Empörung über die Unterdrückung hervorgerufen. Als Zehnjähriger zum Beispiel, im Verlauf der barbarischen Aktionen der Reichskristallnacht, hatte er mitansehen müssen, wie der beliebte jüdische Friseur Spieroth in der Sömmeringstraße von SA-Horden zu Tode geprügelt worden war.

Die Mitgliedschaft bei den „Edelweißpiraten" führte Bartholomäus Schink bald in die Reihen des Köln-Ehrenfelder Widerstandes, über den heute noch wenig bekannt ist, der aber zu dem militärisch wirkungsvollsten im faschistischen Deutschland zählte. Im Köln-Ehrenfelder Widerstand hatten sich Menschen unterschiedlichster politischer Richtung zusammengeschlossen — Antifaschisten und Kommunisten. Neben den Edelweißpiraten kämpften da entflohene KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter aus dem Osten und Wehrmachtsdeserteure. Der bewaffnete Widerstand wurde von der Ehrenfelder Bevölkerung breit unterstützt. Mit Attentaten und Guerillaaktionen brachten die Widerstandskämpfer, deren Zahl mehrere Hundert betrug, die Nazis in ernste Bedrängnis. Auch grausamste Verfolgung und brutale Abschreckungsmaßnahmen der Bevölkerung gegenüber konnten den Widerstand nicht auslöschen.

Welche Ausmaße der Widerstand in Ehrenfeld annahm, zeigt ein Schriftstück des Kölner Gestapochefs Hoffmann, kurz nach der Ermordung von Bartholomäus Schink und Genossen verfaßt: „Die bisherigen Ermittlungen im Rahmen der Aktion gegen die Köln-Ehrenfelder Terrorgruppe haben zur Aufklärung folgender Morde geführt: 1. Mord an dem Polizeiinspektor und politischen Leiter Schiefer. 2. Mord an dem Ortsgruppenleiter Söhntgen. 3. Mord an dem SA-Scharführer Kroschack. 4. Mord an dem HJ-Straßenführer Haan. (...) Verfassungsmäßige Hinweise deuten daraufhin, daß einige Mitglieder der Terrorgruppe zu den Angehörigen des Nationalkomitees Freies Deutschland Verbindung unterhalten haben. Die Ermittlungen in dieser Hinsicht sind angelaufen und werden mit Nachdruck verfolgt. gez. Dr. Hoffmann." Derselbe Hoffmann wurde ein paar Wochen später von den Widerstandskämpfern erschossen. Das Gestapohauptquartier wurde aufs platte Land verlegt.

Barthel Schink starb am 10. November 1944 zusammen mit zwölf seiner Genossen. Die Hinrichtung war öffentlich. Rund um die Hüttenstraße, wo der Galgen aufgestellt war, wurden die Bewohner aus den Häusern getrieben und gezwungen, dem dreizehnfachen Mord zuzusehen. Barthel Schinks Bruder Adi wurde von den Faschisten mit Kolbenschlägen in die erste Reihe getrieben. Dort mußte er in ohnmächtiger Wut den Tod seines Bruders miterleben.

Barthel Schinks Hinterbliebene stellten 1952 einen Antrag auf behördliche Anerkennung ihres ermordeten Sohnes und Bruders als Widerstandskämpfer und Verfolgter des Naziregimes. Das Kölner Amt für Wiedergutmachung jedoch schlug das Anerkennungsverfahren im Jahre 1962 erst einmal nieder. Damit lehnte es auch eine Entschädigung, die nach dem Gesetz den Hinterbliebenen von NS-Verfolgten zusteht, ab. Ein Beamter erklärte dazu: „Ihr Bruder wurde durch ein Standgericht erhängt. Das gibt es überall — nicht nur in Deutschland." Ein Brief, den das Amt an Barthels Mutter schickte, rechtfertigte noch einmal den an ihrem Sohn begangenen Mord: Barthel sei eben als „Staatsverbrecher" hingerichtet worden; er wurde, hieß es, „mit ziemlicher Sicherheit als Mitglied einer Verbrecherbande erkannt." — Natürlich war Barthel im Sinne des Hitler-Reiches ein „Verbrecher"; er hat — wie jeder andere Widerstandskämpfer auch — die faschistischen Gesetze gebrochen. Wenn das Kölner Amt für Wiedergutmachung ihm noch im Jahre 1962 diesen „Rechtsbruch" vorwirft, zeigt es damit nur, wie der Rechtsboden beschaffen ist, auf dem es steht.

Die Familie Schink jedoch gab ihre Bemühungen nicht auf. Sie erreichte, daß der Fall ihres ermordeten Sohnes in die Öffentlichkeit gelangte. Am 28. Mai 1978 griff die ARD in einer Monitor-Sendung diesen Fall auf. Kölner Jugendgruppen schalteten sich empört ein. Die Behörden gerieten unter Beschuß. Am 18. August 1978 legte der Regierungspräsident Antwerpes eine „Auswertung der bisher zur Verfügung stehenden Unterlagen im Entschädigungsfall Bartholomäus Schink" vor. Darin führt er aus: „Richtig ist aber auch, daß bei einigen der Mitglieder der Edelweißpiraten ein Haß gegen alle Uniformträger und gegen die Nazis bestanden hat. (...) Aus dieser Haltung kann aber unter Berücksichtigung der begangenen schweren bis schwersten Straftaten nach meiner Auffassung nicht die Qualifikation einer Widerstandsgruppe aus politischer Überzeugung zuerkannt werden." Haß und Widerstand gegen die Nazis war und bleibt also nach der Auffassung dieses Regierungspräsidenten „verbrecherisch". Antwerpes folgt hier nur dem Grundsatz des furchtbaren Juristen und Ex-Landesvaters Filbinger: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein."

Antwerpes stützt sich in seiner Beurteilung des Falles auf die Akten des Generalstaatsanwaltes in Köln vom Januar 1945, auf Auszüge aus Gestapoakten aus dem Jahre 1944 und auf die Aussagen von zwei ehemaligen Gestapobeamten vor dem Kölner Oberlandesgericht aus den Jahren 1956 und 1957. Andere Zeugen als die Gestapomänner, anderes Material als das von den Nazis zusammengeschusterte läßt der Regierungspräsident nicht gelten. So bleibt zum Beispiel Material, das im Kölner Historischen Archiv lagert, unberücksichtigt. So bleiben Zeugen, die zur Widerstandstätigkeit Barthel Schinks aus eigener Anschauung Aussagen machen können, unbefragt. Einer dieser Zeugen ist Jean Jülich, ein Verfolgter des Naziregimes. Er war im Jahre 1944 zusammen mit Barthel Schink in das Gefängnis Brauweiler eingeliefert worden, in dem auch die dem Regierungspräsidenten so wichtigen Gestapozeugen ihren Schergendienst versahen. Jülich erinnert sich: „Einer der Häftlinge bekam einen Zellenkoller. Aus meiner Zelle konnte ich hören, wie ein Mann seine Zelle öffnete und ihn aufforderte, auf der Stelle herauszukommen. Verängstigt weigerte sich der Häftling, aus der Zelle zu kommen. Dann hörte ich Pistolenschüsse. Danach sagte eine weibliche Stimme, die einer Schreibkraft der Gestapogruppe in Brauweiler angehörte: ‚Der lebt ja noch, gib ihm den Gnadenschuß!' Die männliche Stimme antwortete darauf: ‚Ich hab ja das Magazin leer, is' ja egal, laß ihn liegen.'"

Das Verhalten der Kölner Behörden ist ein beschämendes Beispiel offizieller Vergangenheitsbewältigung. Es gibt einen bezeichnenden Einblick in das Wesen dieses westdeutschen Staatsgebildes, das in den Reden seiner Repräsentanten — und sicherlich auch in einer Ansprache Scheels am 9. November — gern als das freieste beschworen wird, das je auf deutschem Boden bestanden habe. Im Jahre 1944 ließ ein Kölner Regierungspräsident in einem Rundschreiben folgende Richtlinie ergehen: „Nach dem Willen des Führers geht die Justiz gegen Volksschädlinge ohne Ansehen der Person scharf und unerbittlich vor." Der heutige Kölner Regierungspräsident würde diesen Erlaß in dieser Formulierung sicher nicht herausgeben. Sein Verhalten im Fall Schink ist aber nichts anderes als eine einzige Rechtfertigung der nazifaschistischen Gesetzlichkeit.

Die Behandlung Barthel Schinks ist kein untypischer Einzelfall, ist kein Ausrutscher der Behörde. Sie ist Ausdruck eines bestimmten Geistes, der die offizielle Wirklichkeit der Bundesrepublik beherrscht und auch in Köln mehr als nur eine Blüte getrieben hat:

— Im Jahr 1974 wurden in einem Prozeß gegen Kölner Antifaschisten, die einer Provokation der NPD militant entgegengetreten waren, sämtlich Gefängnisstrafen verhängt. Einer der Angeklagten, der sich während der Verhandlung erhoben und ermordeter Kölner Widerstandskämpfer gedacht hatte, bekam drei Tage Ordnungshaft.

— Bis Ende November 1977 konnte an der Albert-Schweitzer-Realschule in Höhenberg der Lehrer K. H. Bedbur den Schülern unbehelligt faschistisches Gedankengut predigen. Erst auf den Protest von Eltern und Schülern der Klasse 10 a hin schritten die Schulbehörden ein.

— In Köln-Dellbrück lebt — unbehelligt von den westdeutschen Behörden — der Rentner Kurt Lischka. Lischka war bis 1940 Leiter des Judenreferats der Gestapo in Berlin, von wo er unter anderem die Morde und Verfolgung der Reichskristallnacht leitete.

— Als auf Flohmärkten „Antiquitäten" mit Hakenkreuzen und SS-Runen ausgestellt und verkauft wurden, erstattete der Kölner Sammy Maedge Anzeige. Der Leiter des 14. Kommissariats, ein stadtbekannter Kommunistenjäger, telefonierte, wie er selbst zugab, mit den Händlern und teilte ihnen Maedges Adresse mit. Das von Maedge angestrengte Verfahren wurde eingestellt. Gegen Maedge aber wurde ein Ermittlungsverfahren wegen falscher Beschuldigung eingeleitet.

Im Bonner Staat der Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei, der Verfolgung von Antifaschisten und Kommunisten und der Rehabilitierung und Hätschelung von alten und neuen Nazis sind Vorgänge wie die von Köln normal. Sie werden aber von fortschrittlich und freiheitlich gesinnten Menschen immer weniger hingenommen. Gerade der Fall des ermordeten Widerstandskämpfers Bartholomäus Schink hat ihre Empörung hervorgerufen, hat noch mehr Menschen die Augen über die wirklichen Verhältnisse in diesem Staat geöffnet. Kölner Jugendgruppen setzen sich nun für die Rehabilitierung Bartholomäus Schinks ein. Unter anderem fordern sie auch die Umbenennung der Straße Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld in Bartholomäus-Schink-Straße. Die Partei und die Rote Garde in Köln unterstützen den Kampf.

Sofortige Rehabilitierung von Bartholomäus Schink und seinen Genossen, volle Anerkennung der ermordeten Widerstandskämpfer als politisch Verfolgte!

Eine Kölner Straße muß nach Bartholomäus Schink benannt werden!

Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volk!

Vor 40 Jahren

Reichskristallnacht

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 veranstalteten die Hitler-Faschisten ein Judenpogrom riesigen Ausmaßes. Horden der SA, der SS und der Hitler-Jugend ließen die Synagogen in Flammen aufgehen und machten Jagd auf jüdische Bürger. 7.500 jüdische Geschäfte, Wohnhäuser und Schulen wurden in dieser Nacht zerstört, 91 jüdische Bürger ermordet, unzählige schwer verletzt. In den folgenden Tagen wurden mehr als 20.000 Juden in die Konzentrationslager verschleppt.



Juden werden gezwungen, die Straße zu scheuern.

Die Einlieferung geschah unter viehischen Mißhandlungen. In Buchenwald zum Beispiel lauerten die Wachmannschaften den Neuankömmlingen mit Knüppeln und Eisenstangen auf. Wie es in einem Bericht heißt, wurden hier durch die Mißhandlungen gleich am ersten Tag 68 Juden wahnsinnig — sie alle wurden „wie tolle Hunde" erschlagen.

Die Nacht vom 9. zum 10. November 1938 ist als „Reichskristallnacht" in die Geschichte eingegangen. Das von den Nazis als „Akt des Volkszorns" ausgegebene Pogrom stellte in Wirklichkeit einen ungeheuren Raub- und Plünderungsfeldzug dar. Er zeigte einer empörten Weltöffentlichkeit das wahre Gesicht des Hitler-Faschismus — das Gesicht eines Plünderers, Menschenräubers und Raubmörders. Die Reichskristallnacht war der Auftakt zur vollständigen Enteignung der Juden; die entsprechenden Gesetze wurden nach dem 10. November erlassen. Nutznießer waren vor allem die großen Konzerne und Banken — Krupp, Hoesch, Thyssen, Mannesmann, Siemens, Dresdener und Deutsche Bank. Namen wie Abs, Flick, Pferdmenges sind unauslöschlich mit den Greueln der Reichskristallnacht verknüpft.

Die Reichskristallnacht war ein vorläufiger Höhepunkt in der Rassenpolitik der Nazifaschisten. Und sie



Brennende Synagoge in Berlin

kündigte die kommenden Untaten an: das Warschauer Ghetto, die Massenerschießungen in den russischen Wäldern, die Gaskammern und Verbrennungsöfen von Auschwitz, den fabrikmäßig betriebenen Mord an Millionen Menschen. — Die Reichskristallnacht war auch eine Vorbereitung auf den von den Nazis geplanten Krieg. Wenige Wochen nach dem Abschluß des Münchner Abkommens und zehn Monate vor dem Beginn des zweiten Weltkrieges sollte durch die Entfesselung antisemitischer, rassistischer und nationalistischer Gefühle das deutsche Volk für Aggressionskriege gegen andere Völker psychologisch reif gemacht werden.

Der Plan der Nazis, das Volk zu verhetzen, verfing nicht in dem beabsichtigten Umfang. Immer wieder gab es Menschen, darunter viele Kommunisten, die den Juden halfen und manche von ihnen auch vor den faschistischen Mördern retten konnten.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Stadt Frankfurt stellte den Raum, aber

6.000 Demonstranten stoppten die „Grauen Wölfe"

Ebenso wie in Dortmund und in Westberlin versuchten letzte Woche die türkischen Faschisten der „Nationalistischen Bewegung" (MHP), zu der die berüchtigten Mordbanden „Graue Wölfe" gehören, in Frankfurt eine Veranstaltung mit ihrem Anführer Türkes durchzuführen. Der „freiheitlich-demokratische Rechtsstaat" stellte ihnen auch hier die Räumlichkeiten zur Verfügung und sorgte mit einem riesigen Polizeiaufgebot für den Schutz der Faschisten. Trotzdem gelang es etwa 6.000 deutschen und türkischen Werktätigen, durch eine machtvolle Demonstration unter einem Meer von roten Fahnen diese faschistische Kundgebung zu verhindern.

Zur Demonstration wurde von IG Metall und DGB aufgerufen, aber die Demonstrationsleitung unternahm alles, um die vorwiegend türkischen Kollegen vom Ort des Geschehens, dem Volksbildungsheim, wo Türkes reden wollte, fernzuhalten. Doch die Demonstranten, unter denen eine kämpferische Stimmung herrschte, durchbrachen die Anweisungen der Ordner und zogen vor das Volksbildungsheim. Sofort fuhren die Wasserwerfer vor, die zum Schutz des Faschistenhäufleins von etwa 50 Mann bereitstanden. In dieser Situation, wo den DGB-Führern die Demonstration aus den Händen glitt, sprangen wieder einmal die DKP-Revisionisten für sie in die Bresche und entlarvten sich als Verräter am Kampf gegen die Faschisten: sie sprangen ihren „Kollegen" von der Polizei zu Hilfe, hakten sich bei ihnen ein und traten so dem Ansturm der Demonstranten entgegen!

Die faschistische Provokation fand dennoch nicht statt! Türkes hatte es in der brenzligen Situation vorgezogen, gar nicht erst zu erscheinen. Das ist ein Erfolg der antifaschistischen Demonstranten.

Es ist ein politischer Skandal ohnegleichen, daß die Behörden des Bonner Staates diesem türkischen Faschistenpack ihr Debut in der Bundesrepublik ermöglichten. Nicht nur, daß die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden. (So soll der Vertreter der Dortmunder Westfalenhalle das lächerliche Argument vorgebracht haben, er sei durch die Ankündigung einer türkischen „Kulturveranstaltung" übers Ohr gehauen worden). Die ganze Art und Weise, wie die Faschistenveranstaltungen in aller Heimlichkeit vorbereitet und dann blitzschnell durchgeführt wurden, kann man nur als ein Überrumpelungsmanöver des Bonner Staates und der türkischen Faschisten gegenüber der demokratischen und antifaschistischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik verstehen.

Welche Verbindungen zwischen den türkischen Faschisten und dem Bonner Staat bestehen, kann man auch daran sehen, daß auf der Berliner Veranstaltung zwei CDU-Abgeordnete offiziell begrüßt wurden. Und der ehemalige CDU-Landesvorsitzende Lorenz hat sich zu einem Geheimtreffen mit Türkes begeben, wo er, nach Angaben der türkischen Faschisten, erste Kontakte zwischen beiden Parteien herstellte. Was nützt da die Entrüstung einiger SPD-Vertreter über die CDU, wo es doch gerade SPD-geführte Städte waren, die den Faschisten die Räume zur Verfügung stellten.

Über eine halbe Million türkische Kollegen mit ihren Familien wohnen und arbeiten in Westdeutschland. Sie werden hier besonders ausgebeutet, die Ausländergesetze machen ihren Aufenthalt von der Willkür der Behörden abhängig und bedrohen sie mit Abschiebung. Und jetzt versucht man auch noch, ihnen die faschistischen Terrorbanden vor die Nase zu setzen. Die Demonstranten in Berlin, Dortmund und Frankfurt haben gezeigt, daß sich die Kollegen das nicht gefallen lassen. So wie hier die antifaschistische Einheitsfront zwischen deutschen und türkischen Kollegen zustande kam, so werden sich auch in den Kämpfen gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise die türkischen Kollegen nicht davon abhalten lassen, als verläßliche Kampfgefährten an der Seite ihrer deutschen Klassenbrüder zu stehen.

Deutsche Staatsanwaltschaft

Mordaufruf der Neonazis gedeckt!

Einem Lehrer in Rinteln an der Weser platzte der Kragen. Er stellte Strafanzeige gegen die Herausgeber neonazistischer Druckwerke, die in Rinteln regelmäßig von einer 20köpfigen, in SS-ähnlicher Uniform gekleideten Bande der „Jungen Nationaldemokraten" vertrieben werden. Jetzt erhielt der Lehrer die Antwort der Staatsanwaltschaft: „Ihre oben genannte Anzeige ist zunächst der Zentralstelle für Bekämpfung gewaltverherrlichender Schriften und dann der zuständigen Staatsanwaltschaft für Staatsschutzsachen zur Prüfung vorgelegt worden. Beide Stellen haben Anhaltspunkte für Straftaten nicht feststellen können."!

Bei was die Behörden „keine Anhaltspunkte für Straftaten" feststellen konnten, sind Äußerungen wie: „Nur wenn der gesamte marxistische Sumpf trockengelegt ist, wird auch der rote Terrorspuk in Deutschland verschwinden." „Jeder Deutsche ist durch das rote Lumpenpack bedroht!" „Die hemmungslosen Blutinstinkte des Bolschewismus." „Fegt das rote Mordgesindel weg." „Zerschlagt den Kommunismus." „Rotfront verrecke!" „Schluß mit den roten Mörderbanden in Deutschland! Volksabstimmung zur Einführung der Todesstrafe... Die Schonzeit ist vorbei! Der Kampf beginnt!"

Und während Rudolf Heß als „Märtyrer für Deutschland" hochgejubelt wird, wird der faschistische Überfall auf die Sowjetunion so dargestellt, daß „1941 Millionen Sowjetsoldaten unser Land überfallen" wollten und daß „die Deutsche Wehrmacht diesem kommunistischen Überfall nur knapp zuvorkam".

Wer nun geglaubt hatte, daß diese braune Hetze mit ihrem „Wegfegen, Zerschlagen und Verrecken der roten Mörder" etwa vielleicht den Straftatbestand des § 88a StGB erfüllen würde, der gegen die Befürwortung von Gewalttaten vorgesehen ist (jedenfalls wenn es um die revolutionäre Gewalt der Kommunisten geht), der mußte sich getäuscht sehen. So heißt es in der Ablehnungsbegründung: Die Gewaltaufforderungen der Faschisten seien als „symbolischer Ausdruck einer erbitterten politischen Auseinandersetzung" und nicht etwa als „Befürwortung konkreter illegaler Gewaltmaßnahmen" zu verstehen. Und § 111 StGB (öffentliche Aufforderung zu Straftaten) treffe auch nicht zu, denn in einer Zeichnung, auf der eine Faust unter anderem zwei Personen mit Hammer und Sichel zerschmettert, seien die Menschen „nicht als konkrete Personen dargestellt, sondern sie stehen lediglich als Symbol für den Kommunismus..., so daß durch diese Darstellung niemand zu einer bestimmten Handlung bewegt werden kann"!!

Auch § 130 sticht angeblich nicht, denn es wird ja nicht zum Haß „gegen Teile der Bevölkerung, sondern gegen **den** Kommunismus schlechthin und **das** rote Mördergesindel" aufgerufen!! Und § 86a, mit dem man die „Strafbarkeit von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" verfolgen könnte, findet hier auch keine Anwendung, denn „Schlagworte wie ‚Rotfront verrecke!' erinnern zwar an entsprechende Parolen der NSDAP, sie sind hier aber ... **in die Form einer Nachricht verkleidet, da diese als Überschrift benutzten Worte mit den folgenden Worten ‚fordert immer mehr deutsche Arbeiter' inhaltlich verknüpft wurden"!**

Wahrscheinlich wäre nach diesen Gesetzen und dieser Auslegung auch der Aufruf Adolf Hitlers, das Judentum zu vernichten, nicht strafbar, denn auch dieser Aufruf ist „ein symbolischer Ausdruck einer erbitterten politischen Auseinandersetzung", er enthält keine Aufforderung zu Gewaltanwendung gegen konkrete Personen, sondern gegen **das** Judentum schlechthin, und außerdem ist diese Parole in die Form einer Nachricht verkleidet, weil sie mit den Worten „fordert das deutsche Volk" inhaltlich verknüpft wurde!

Diese Begründung ist ein eindeutiger, offener Beleg dafür, gegen wen die Verschärfung des Strafrechts durchgeführt worden ist — gegen die Linken. Die Faschisten genießen in skandalöser Weise für ihre verbrecherischen, menschenfeindlichen Pläne und Aktionen den Schutz des Staates, der in noch nie dagewesenem Zynismus sein eigenes Recht beugt, um die braune Brut zu züchten.

Von welch offenem Engagement der Staatsanwaltschaft für die Neonazis auszugehen ist, versteht man, wenn man weiß, daß dieselbe Bande der Rintelner „Jungen Nationaldemokraten" bereits vor über fünf Monaten das Jugendzentrum in Bückeburg überfallen hat und unter anderen den 15jährigen Andreas Schmidt zusammengeschlagen hat. Dieser erlitt einen Schock, den er erst nach Wochen überstand. In diesem konkreten — nicht „symbolischen" — Fall ermittelt die Staatsanwaltschaft schon über fünf Monate, ohne sich zu einer Anklage entschließen zu können!

Mit diesem Fall wird anschaulich demonstriert, was von dem Geschwätz der Bonner Repräsentanten vom „Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus" zu halten ist. Es ist das zynische Geschwätz der Faschisten von morgen, die heute noch nicht ganz die Maske fallen lassen wollen und die braunen Horden der NPD und JN vorschicken, um auch heute schon ihre Drecksarbeit machen zu lassen — sagen viele Werktätige!

Wegen Buback-Nachruf vor Gericht...

...stehen jetzt in Westberlin zwölf Hochschullehrer. Obwohl in Bremen die Hauptverhandlung gegen 16 Professoren wegen des gleichen „Deliktes" nicht eröffnet wurde, sollen in Westberlin die Herausgeber des inzwischen bekannten „Buback-Nachrufs" unbedingt bestraft werden. Aber was hier angeklagt wird, ist nicht der Abdruck des „Nachrufs" selber, sondern ein Satz im Vorwort der Buback-Dokumentation: „Während jeder Ansatz sozialistischer Kritik und Praxis erstickt werden soll, können sich faschistoide Tendenzen ungehindert breitmachen." Dieser Satz verstößt angeblich gegen § 90 a des Strafgesetzbuches (Verunglimpfung des Staates). Und dieses Verfahren wird gerade zu einem Zeitpunkt eröffnet, wo in Westberlin dem Faschisten Türkes die Tore geöffnet werden. So mancher Werktätige fragt sich da: Stimmt es denn nicht, was in dem inkriminierten Satz steht? Dementsprechend wiesen die Angeklagten in der ersten Verhandlung darauf hin, daß die tatsächlichen Gründe für die im Vorwort enthaltenen Formulierungen das Gericht offenbar überhaupt nicht interessieren. Auch die Wahrheit ist eben beleidigend! Freispruch für die zwölf Angeklagten!

Klassenjustiz

Im April 1976 war ein sechsjähriges Mädchen mit chronischem Brechreiz in die Münchner Kinderklinik eingeliefert worden. Kurze Zeit später war es tot, aufgrund einer in die Infusion falsch gespritzten Dosis Kaliumchlorid. Zu acht Monaten Gefängnis wurde jetzt die Lernschwester (!) verurteilt, die man voll verantwortlich machte. Die Stationsschwester, die die Infusion der Lernschwester überlassen hatte und die zwei Ärzte, die das wußten, wurden freigesprochen, weil nicht bewiesen werden konnte, „daß sie nicht immer wieder auf die Gefährlichkeit von Kaliumchlorid hingewiesen hätten"! „Kein Freispruch erster Klasse", meinte der Richter zynisch. Was er verschwieg: daß Lernschwestern für ihn offenbar Angeklagte „zweiter Klasse" sind.

Einen „christlichen Politiker" attakiert

Die Sozialpädagogin Ute Schilde erhielt am 6. Oktober von ihrer Dienststelle, der katholischen Jugendfürsorge in Regensburg, die außerordentliche Kündigung zum 15. November. Diese Kündigung kann nur als Anwendung des Radikalenerlasses im kirchlichen Bereich verstanden werden. Erst durch zahlreiche Proteste sah sich die Amtsleitung genötigt, eine Begründung anzugeben. So wird Frau Schilde vorgeworfen, einen Aufruf unterzeichnet zu haben, in dem vor einer Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten gewarnt wird. Außerdem soll sie auf einer kommunistisch ausgerichteten Solidaritätsveranstaltung gegen die Entlassung von 40 Siemensarbeitern gewesen sein. Das Schlimmste aber: Sie hat auf einem Plakat „alles andere als maßvoll und zurückhaltend christliche Politiker" attakiert. Bei diesem Plakat ging es um keinen Geringeren als um — Hans Karl Filbinger!

Polizei überfällt Obdachlosenasyl

Am 2. 11. stürmten etwa 50 Polizisten, Beamte des BGS und K 14 ein Obdachlosenasyl in der Ölbergstraße in Troisdorf. Türen wurden ohne Warnung eingetreten, Zimmer durchwühlt und anschließend vier Personen, darunter zwei schwangere Frauen und ein 17jähriger Jugendlicher, vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Mit dieser Aktion der Polizei soll die Arbeit einer Gruppe von jugendlichen Obdachlosen, die sich in einer „Initiative Wohnungsnot" organisiert haben und mittlerweile durch ihre Anstrengungen mehr als zwanzig Leute von der Straße geholt und zu einer Wohnung und Schulausbildung verholfen haben, kriminalisiert und dies als „terroristische Aktivität" diffamiert werden.

„Für Ruhe und Ordnung"

In der Konstanzer Universität entdeckte ein Universitätsbeamter in den Räumen des Personalsachbearbeiters des Rektors, Boedecker, drei Bilder an der Wand, die Leute der Waffen-SS, der „Leibstandarte Adolf Hitler" sowie den Chef der GSG-9 zeigen. Zur Rede gestellt, antwortete jener Herr Boedecker, er sei nun mal für Ruhe und Ordnung! Die Sache kam an die studentische Öffentlichkeit. Die Studenten fordern die sofortige Entlassung dieses Herrn, der das Land bei Berufsverbotsprozessen vertritt (!) und wegen seiner zusätzlichen Nachfragen beim Verfassungsschutz und seiner Schnüffelei an der Universität berüchtigt ist. Das Rektorat will ihn nur innerhalb der Universität versetzen.

Verfahren eingestellt

Am 2. 11. fand in Witten ein Prozeß gegen J. Beyer (presserechtlich Verantwortlicher der Partei im Ruhrgebiet) wegen Beleidigung der Bochumer Polizei statt. Es ging um ein Flugblatt anläßlich der Schleyer-Entführung. Ein weiterer Genosse war angeklagt, weil er es angeblich verteilt haben sollte. Nachdem der Polizeizeuge sich an kaum etwas erinnern konnte und sich selbst von seinem früher gemachten Bericht distanzieren mußte, forderte der Staatsanwalt dennoch drei Monate Gefängnis mit Bewährung gegen Genossen J. Beyer. Doch diese unverschämte Forderung mußte er schließlich selber fallen lassen, da seine Anklage sich auf keinerlei Beweise gestützt hat. Gegen Genossen J. Beyer mußte das Verfahren eingestellt werden, und der andere Genosse mußte freigesprochen werden. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt auch dadurch zustande gekommen, daß eine Schulklasse in die laufende Verhandlung als Zuhörer kam.

Der Weg der Partei Nr. 5 erschienen



Das Theoretische Organ Nr. 5 der KPD/ML enthält folgende Artikel:

- **Enver Hoxha: Die proletarische Demokratie — wahre Demokratie**
- **Ein Nachtrag zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg**
- **Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) — ein Instrument der sozialimperialistischen Politik Moskaus**
- **Schmieden wir das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft**

Der Weg der Partei erscheint zweimonatlich und kostet 3 DM. Das Abonnement (sechs Ausgaben) kostet 15 DM. Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghoferstr. 103, 4600 Dortmund 30.

Am Wochenende darfst du nicht krank werden

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Ich möchte euch heute einmal eine Korrespondenz schreiben über einen Vorfall, der meine Frau und mich ganz fürchterlich empört hat. Bei diesem Vorfall hätte es passieren können, daß unsere dreijährige Enkelin gestorben wäre, wenn sie kränker gewesen wäre.

Doch jetzt zu dem, wie das vor sich ging: Am letzten Samstag bekam unsere Enkelin plötzlich ganz hohes Fieber, fast 40 Grad Celsius. Die Eltern versuchten als erstes, den Notarzt zu bekommen, doch das gelang nicht. Über die Telefonnummer meldete sich kein Notarzt. Das ist doch einfach eine Sauerei, am Samstagmorgen kein Notarzt erreichbar!

Aus Sorge um das Kind fuhren die Eltern mit dem Auto ins nächste Krankenhaus, ins Lütgendortmunder, ein nagelneues, riesengroßes Krankenhaus. Stellt euch vor, dort nahmen sie unsere Enkelin einfach nicht auf — mit der Begründung, es sei kein Facharzt da. Die Eltern fuhren ins nächste, nach Bochum-Langendreer. Auch dort die Begründung: „Kein Facharzt da", und wieder standen die Eltern mit dem Kind auf der Straße. Sie wurden nach Hombruch — im Süden Dortmunds — geschickt. Dort schaute sich ein Arzt das Kind an und meinte aber, er wüßte nicht, was das Kind hätte. Die Mutter sagte dann, vielleicht ist es Ziegenpeter, und da meinte der „Arzt", das könnte möglich sein. Ein Laie wußte das also besser, denn es war tatsächlich nachher Ziegenpeter. Inzwischen haben wir erfahren, daß das Hombrucher Krankenhaus speziell für psychisch Kranke ist. Da waren sie also gelandet.

Man kann nur von Glück sagen, daß unsere Enkelin tatsächlich „nur" Ziegenpeter hatte, denn es wäre sicherlich alles genauso abgelaufen, wenn das Kind kränker gewesen wäre. Kein Arzt bei den anderen Krankenhäusern hatte sich überhaupt nur das Kind angesehen.

Dieser Vorfall hat uns wieder einmal die Augen geöffnet!



Die Krankenhäuser sind überfüllt, in manchen Krankenhäusern stehen die Betten auf dem Flur. Gleichzeitig werden Krankenhäuser geschlossen, um „den Bettenberg abzubauen"!

Wieder ein Krankenhaus geschlossen

Volkskorrespondenz aus Westberlin

In Westberlin soll schon wieder ein Krankenhaus geschlossen werden, und zwar das Kinderkrankenhaus' Christopherus. Und wenn man dann die Sprüche über den angeblichen Bettenberg hört, kann einen schon die kalte Wut packen. Gerade Krankenhausbetten für Kinder fehlen hier an allen Ecken und Enden. Das haben mir auch Bekannte bestätigt, die ihr Kind in der Kinderabteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses unterbringen mußten.

Diese Abteilung war so überbelegt, daß die Kinder mit ansteckenden Krankheiten nicht mehr richtig von den anderen isoliert wurden. Die Folge: Der acht Monate alte Sohn meiner Bekannten und mehrere andere Kinder steckten sich an einer Viruserkrankung an. Sie sind erst im Krankenhaus richtig krank geworden. Die Eltern waren äußerst empört über diese Zustände im Krankenhaus. Und jetzt sollen also noch mehr Kinderbetten „gestrichen" werden.

Dazu kommt noch, daß die Eltern hier immer dann auf die Krankenhäuser angewiesen sind, wenn ihre Kinder nachts oder an Feiertagen erkranken. Denn im Notarztdienst gibt es keinen Kinderarzt. Gegen diese ständige Verschlechterung bei der medizinischen Versorgung müssen wir uns zur Wehr setzen. Weg mit den Bettenstreichungen und dem Personalabbau in den Krankenhäusern! Für Kinderärzte im Notarztdienst!

Gießen: Gründungsveranstaltung der Front gegen Reaktion und Faschismus, 1. Dezember, 20 Uhr, Kongreßhalle, Schwedenzimmer

Schluß mit Tapiokastaub!

Volkskorrespondenz aus Bremen

Bremen-Gröpelingen: Schon seit Jahren wächst der Ärger und die Wut bei den Anwohnern, die nahe der Bremer Getreideanlage im Hafenbezirk Gröpelingens leben. Einwohnerversammlungen, Protestschreiben an Hafensenator Brinkmann sowie Unterschriftenlisten mit Fotos haben dem Problem der Anwohner bisher kein Ende gesetzt.

Worum geht es? An der Bremer Getreideanlage wird Tapiokamehl gelöscht. Bei Westwinden, die hier bei uns ja meistens wehen, legt sich der feine Tapiokastaub über ausgedehnte Wohngebiete. Die Schüler der elften Klasse eines Gymnasiums haben im Rahmen einer Unterrichtseinheit über Umweltgefährdung Bewohner des betroffenen Bezirks befragt.

Ihr Ergebnis:

- „Dieser feine Staub dringt durch Fenster und Türen in die Wohnungen der Geeststraße, Goosestraße, Liegnitzstraße und Ortstraße ein.
- Die Bevölkerung dieses Gebiets spürt den Staub auf der Zunge und in den Atemwegen.
- Das Holz an den Gebäuden wird angegriffen und Blumen gehen ein.
- Wieweit gesundheitliche Schäden der oberen Luftwege bei den Bewohnern bereits eingetreten sind, müßten die Ärzte dieses Bezirks wissen." (Weserkurier vom 14./15. 10. 78).

Anwohner der oben genannten Straßen erzählten uns, daß an manchen Tagen der Tapiokastaub so dicht ist, daß er sich wie ein weißer Teppich über ihre kleinen, gepflegten Vorgärtchen legt. Auch die dort parkenden Autos sind wie von einem weißen Staubfilm bedeckt; die Luft ist dann stickig und dumpf. Trotz aller Versprechungen des Hafensenators Brinkmann, trotz aller angeblich umweltschonenden Versuche, weht der weiße Schnee nach wie vor!

Aber warum sollte in unserem Arbeiterviertel Gröpelingen, in dem schon genug Dreck in die Luft gejagt wird von anderen Firmen, nicht auch noch der Tapiokastaub herumfliegen? Für reine Luft für uns gibt doch da oben von denen keiner einen Groschen aus, aber im Bonzenviertel Schwachhausen, da blühen die Bäume . . .

Weg mit dem Tapiokastaub in Gröpelingen!

Die Post interessiert nur ihr Profit!

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Die Dorstfelder Siedlung „Am Wiesengrund" ist eine Bergmannsiedlung, wo viele alte invalide Bergleute seit -zig Jahren wohnen. Viele von den Bewohnern sind alt, krank oder behindert.

Die Siedlung liegt abgelegen von der Hauptstraße und ist in sich abgeschlossen. Sie kann nur von der Hauptstraße aus über eine Brücke an einem Friedhof vorbei erreicht werden. Es gab da bisher ein Telefonhäuschen, und jetzt gibt es keines mehr.

Die Post, die ja eigentlich für die Bevölkerung dasein soll, hat das Häuschen einfach abgebaut. Die Begründung: „80 Mark Einnahmen im Monat sind zu wenig." Die Wogen im Wiesengrund schlagen hoch. Zurecht laufen die „Wiesengrundler" gegen diese Maßnahme Sturm. Eine sofort gestartete Unterschriftenliste brachte 'umgehend 118 Unterschriften. Das Telefonhäuschen muß wieder hin, und zwar sofort.

An diesem Beispiel, bei dem die Post so argumentiert, daß die Bewohner ja an die Wittener Straße laufen können, vorbei an dem abgelegenen Friedhof über die menschenleere Sraße und die Brücke, sieht man, daß ihnen die Interessen der Menschen egal sind. Höchstwahrscheinlich denken sie sogar, daß die Bewohner sich dann alle ein Telefon anschaffen werden und ihr Profit weiter steigt.

Die Forderung der „Wiesengrundler" muß unterstützt werden. **Sofort ein Telefonhäuschen in die Siedlung am Wiesengrund!**

Anmerkung der Redaktion: Den Siedlungsbewohnern wird rücksichtslos die Telefonzelle abgebaut. Und das, obwohl die Deutsche Bundespost im wahrsten Sinne des Wortes im Geld schwimmt und auch in diesem Jahr wieder das westdeutsche Unternehmen mit dem größten Profit ist. Wo all das Geld, das ja hauptsächlich aus unseren Gebühren stammt, bleibt? Im Haushaltsjahr 1978 hat die Post sage und schreibe *zwei Milliarden Mark* an das Bonner Kriegsministerium für die Aufrüstung der Bundeswehr überwiesen.

Urteile im Kocks-Prozeß: spitzeln gegen Schmiergeld - kein „übler Fall"

Volkskorrespondenz aus Duisburg

Am 23. 10. ging in Duisburg der Prozeß gegen vier Kriminalbeamte und vier Gesellschafter und Angestellte der berüchtigten Detektei Kocks, darunter auch der Inhaber, zu Ende. Die Urteile: Wegen aktiver bzw. passiver Bestechung und Verletzung von Dienstgeheimnissen sechsmal Gefängnisstrafen von zehn und zwölf Monaten, ausgesetzt zur Bewährung gegen Bußgelder von 4.000 bis 18.000 DM, zweimal Geldstrafen von 5.000 und 6.000 DM.

Auf den ersten Blick scheinen das harte Strafen zu sein, denn wer hat schon ein paar tausend Mark parat. Aber die Berufsschnüffler im Dienst der Kapitalisten haben das mit Sicherheit, denn sie sind jahrelang für ihre schmutzige Arbeit bestens bezahlt worden. Bekanntlich hat die Detektei Kocks einen gewissen Ruf wegen ihrer miesen Machenschaften. Ihre Spezialität ist es, im Auftrag von Konzernen Arbeiter und Angestellte (laut Eigenwerbung garantiert unbemerkt) zu bespitzeln, um „extreme politische Ansichten" festzustellen. Als das 1976 bekannt wurde, bezeichnete Kocks diese Schnüffeleien als „alten Hut", die schon seit 1958 praktiziert würden. Kocks: „Man kann dies eher als eine Gepflogenheit der deutschen Industrie bezeichnen."

Zu dem schmutzigen Geschäft des Herrn Kocks gehört es auch, Spitzel in Betriebe einzuschleusen, wie zum Beispiel in einen Betrieb in Duisburg. Dieser saubere Herr ist übrigens FDP-Ratsherr in Geldern. Wie der Richter Dr. Rutsch in der Urteilsbegründung feststellte, habe Kocks „erfolgreich sein, die Kunden befriedigen und schließlich auch profitieren wollen". Wie gesagt, die Kunden sind — das stellte der Richter auch ausdrücklich fest — Unternehmen, die Auskünfte über die politische Einstellung ihrer Arbeiter und Angestellten haben wollten. Die Befriedigung der Kunden und den eigenen Profit im Auge, ließ Kocks also ein paar Scheine rüberkommen, und die Kriminalbeamten besorgten ihm die gewünschten Auskünfte aus den Akten. Dabei wurden auch Eintragungen weitergegeben, die laut Vorschrift in den Akten und im Computer der Polizei längst gelöscht sein müßten (was offensichtlich nur eine Vorschrift, aber keine Praxis ist).

Kocks beschäftigte einen pensionierten Kriminalbeamten, der im Präsidium Einblick in die Akten hatte und auch per Telefon alle gewünschten Daten von seinen ehemaligen Kollegen erfuhr. Wie der Präsident des Zentralverbandes für Auskunfteien erklärte, ist es durchaus üblich, daß Privatdetektive von der Polizei Auskünfte aus dem Strafregister erhalten. Ebenso normal ist es, daß Privatdetektive Kriminalbeamte beschäftigen. Man muß es wohl als peinliche Panne bezeichnen, daß es überhaupt zum Prozeß kam. Ein ehemaliger Angestellter von Kocks hatte nämlich, angeblich aus Rache, öffentlich ausgeplaudert, daß die Kriminalbeamten sich ihre qualifizierten Auskünfte von Kocks nicht schlecht bezahlen ließen.

So war denn der Richter auch der Meinung, daß die Angeklagten keine Gangsterbande oder eine kriminelle Vereinigung wären. Und es sei auch kein übler Fall der Bestechung. Es handle sich schließlich um im bisherigen Leben erfolgreiche und ordentliche Leute. Das spricht wohl für sich. Nicht nur der Verfassungsschutz treibt ungehindert Gesinnungsschnüffelei in den Betrieben und sorgt dafür, daß Kollegen, die den Mund aufmachen, auf die Straße fliegen. Solchen Gangstern wie Kocks, die mit der Bespitzelung der Kollegen profitable Geschäfte machen, wird auch noch bescheinigt, ordentliche Leute zu sein!

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD /ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Spendenkampagne zum 10. Jahrestag der Gründung der KPD /ML

Spender	DM
30. 10.	
I. Sch. und H. L., Karlsruhe	20,00
W. H., Augsburg	10,00
M. W., Freisen	100,00
B. B., Friedrichshafen	17,80
Verschiedene Spender über Verlag RM	120,85
J. J., Neuberend	55,00
31. 10.	
K. K., Dortmund	200,00
Stadtteilzelle Gelsenkirchen	500,00
J. P., Neumünster	100,00
P. K., München	300,00
C. G., Düsseldorf	10,00
2. 11.	
D. W., Lübeck	50,00
N. A., Düsseldorf	20,00
Kunden Arbeiterbuchladen Klartext, Kassel	300,00
T. A., Osnabrück	150,00
Veranstaltung Gießen	10,00
3. 11.	
Zelle AEG-Brunnenstraße, Westberlin	350,00
RG Rostlaube, Westberlin	250,00
Kegelabend Düsseldorf	15,70
H. B., Bonn	50,00
Zelle Beutler, Bielefeld	200,00
Genossen aus Malmö, Schweden	16,70
Ungenannt, Dortmund	10,00
P. A., Dortmund	7,00
Stadtteilzelle Süd, Münster	300,00
Genossen aus Frankfurt	400,00
LBV Hessen	68,00
LBV Schleswig-Holstein	394,00
Zelle Pragstr., Stuttgart	2.000,00
LBV Baden-Württemberg	25,00
G. und F. L., Bochum	55,00
F. St., Dortmund	70,00
Insgesamt	**6.175,05**

Damit gingen für die Spendenkampagne anläßlich des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML bisher

35.350,97 DM

100.000 DM für die KPD /ML

Spendet auf die Konten der KPD/ML:

Postscheckamt Dortmund Kto.-Nr.: 6420-467

Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: 10 Jahre KPD /ML

Am 3. November 1918 gaben die Kieler Matrosen das Signal. Mit ihrem Aufstand hebt ein gewaltiger revolutionärer Sturm an, der über ganz Deutschland hinwegfegt. Die proletarischen Massen erheben sich in einer Stadt nach der anderen gegen die kaiserliche Militärdiktatur. Sie verbrüdern sich mit den revolutionären Soldaten zu einem gemeinsamen Ziel: Schluß mit dem Raubkrieg — für den sofortigen Frieden! Nieder mit der Monarchie — für die sozialistische Republik!

Die rote Fahne weht über Berlin

1918 — Novemberrevolution

Während von Kiel bis München, von Dresden bis Köln, in den größten Städten schon in den ersten Revolutionstagen neue Machtorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte gebildet werden, ist es in der Hauptstadt des Reiches ruhig geblieben. Die in vielen Kämpfen gestählte Berliner Arbeiterklasse ist noch nicht auf den Plan getreten. Das hat in den folgenden Tatsachen seine Ursache:

Seit der mächtigen Streikbewegung vom Januar 1918 gibt es in Berlin eine illegale Organisation der revolutionären Obleute aus den Betrieben. Mit dem Herannahen der Novemberstürme sind systematisch Verbindungen zu den Kasernen geknüpft und Waffen beschafft worden. Ein Aufstandsplan ist ausgearbeitet und der Tag des Losschlagens für den 4. November beschlossen worden, also einen Tag nach der Erhebung der Kieler Matrosen. Aber den opportunistischen Führern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USP) gelingt es, den Beschluß zunichte zu machen, und den Termin für den Aufstand um eine Woche hinauszuschieben. Trotz aller eindringlichen Warnungen der Vertreter des Spartakusbundes, namentlich Karl Liebknechts, daß dadurch der Konterrevolution die Möglichkeit zur Sammlung ihrer Kräfte gegeben wird.

Und genauso geschieht es dann auch. Die Militärbehörden werfen immer neue Truppenteile nach Berlin. Besondere Kampfverbände von Offizieren werden aufgestellt. Die Ereignisse überschlagen sich. 4. November: Oberleutnant Walz, ein Verbindungsmann der revolutionären Obleute, wird verhaftet und macht Angaben über den Aufstandsplan. 6. November: Eine Sitzung der Obleute wird von der Polizei überrascht. 7. November (der erste Jahrestag der russischen Revolution): Die Berliner Betriebe werden vom Militär besetzt. 8. November: Alle öffentlichen Gebäude werden in befestigte Kampfstellungen verwandelt, alle Zugverbindungen nach Berlin unterbrochen. Am gleichen Tag wird der Arbeiterführer Däumig verhaftet.

Jetzt endlich gibt die Organisation der Obleute das Signal zum Losschlagen. Für den 9. November wird das Proletariat der Hauptstadt zum Generalstreik aufgerufen. Und dann kommt der Tag, an dem sich einmütig und mit unbezwingbarer Macht das Berliner Proletariat erhebt. Zu Hunderttausenden, in mächtigen Marschkolonnen, strömen aus den Betrieben und aus den Vorstädten die Arbeiter ins Stadtzentrum. An der Spitze der Demonstrationszüge marschieren bewaffnete Sturmtrupps. Angesichts dieses gewaltigen Aufmarsches, angesichts der Gewehre in den Händen der Arbeiter, wagt die kriegsmäßig ausgerüstete Polizei keinen Widerstand. Und die von der Obersten Heeresleitung nach Berlin beorderten Regimenter gehen in breiter Front zu den Arbeitern über, die Soldaten verbrüdern sich mit ihren Klassengenossen. Nur vereinzelt gibt es Widerstand von reaktionären Offizieren, so bei der Maikäferkaserne in der Chausseestraße, wo ein Nest der konterrevolutionären Banden ausgeräuchert werden muß.

Am Mittag des 9. November ist Berlin, die Hauptstadt des Deutschen Reiches, in den Händen der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Und wenige Stunden später, als die Massen das kaiserliche Schloß erreicht haben, tritt Karl Liebknecht aus den Reihen der bewaffneten Demonstranten hervor und erklärt: **„Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen. Der Friede ist in diesem Augenblick geschlossen. Das Alte ist nicht mehr. Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertelang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland."**

Und wenig später, vom Balkon des Schlosses aus, wendet sich Liebknecht noch einmal an die revolutionären Massen: **„Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan ist. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf. Wer von euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwure."** Alle Hände erheben sich, stürmische Rufe erklingen: „Hoch die Republik!" Am Mast der Kaiserstandarte wird die rote Fahne gehißt.



Revolutionäre Arbeiter Unter den Linden, Berlin, November 1918

So fand, sechs Tage nach dem Aufstand der Kieler Matrosen, im bewaffneten Aufmarsch des Berliner Proletariats die Novemberrevolution ihren Höhepunkt. An diesem 9. November wurde der Monarchie der endgültige Todesstoß versetzt. Deutschland war Republik. Aber ob sozialistische oder bürgerliche Republik — diese Frage war noch nicht entschieden. Bevor wir aber auf diese Frage näher eingehen, noch einige Worte zu einer der beharrlichsten Lügen, die in die bürgerlichen Geschichtsbücher hineingeschmiert sind, zum Märchen vom tapferen SPD-Führer Scheidemann, der todesmutig die Republik ausgerufen hat.

Wie also verhielt es sich wirklich mit der republikanischen Gesinnung der SPD, die ja immerhin in jenen Novembertagen mit Ministern in der kaiserlichen Regierung vertreten war? Der General Groener, der damals an der Spitze des Kaiserlichen Militärapparats stand, berichtete später über eine Unterredung mit Ebert, Scheidemann und Co. vom 6. November:

„Ich fand die Vertreter der Sozialdemokratie durchaus verständig. Von keiner Seite ist ein Wort gefallen, das darauf schließen ließ, daß die Herren etwa auf eine Revolution hinstreben. Im Gegenteil, von der ersten bis zur letzten Äußerung ist davon gesprochen worden, wie man die Monarchie behalten könne, und bezeichnend ist, daß zum Schluß der spätere Reichspräsident Ebert folgenden Vorschlag machte: Die Abdankung des Kaisers sei unumgänglich notwendig, wenn man den Übergang der Massen in das revolutionäre Lager und damit die Revolution selbst verhindern wolle. Er schlage deshalb vor, daß der Kaiser noch heute, spätestens morgen, freiwillig seine Abdankung erkläre und einen seiner Söhne, vielleicht Eitel Fritz oder Oskar, mit der Regentschaft betraue..." (nach dem stenographischen Protokoll des „Dolchstoßprozesses", Oktober 1925). Drei Tage nach dem Aufstand in Kiel zermartern sich also diese feinen „Republikaner" den Schädel darüber, wie denn die Monarchie noch zu retten sei. Und wenn schon der Kaiser selbst dem „revolutionären Pöbel" geopfert werden muß, dann sollen doch wenigstens seine Söhne ran. Aber diesem famosen Einfall der Ebert und Co. mochten damals nicht einmal die Herren Prinzen folgen.

Das war also am 6. November. Drei Tage später, als sich die Berliner Arbeiter erhoben und ein revolutionärer Arbeiter- und Soldatenrat die Macht in der Hauptstadt übernahm, kletterte der Kaisersozialist Ebert noch eine Stufe höher in der Hierarchie der Monarchie. Er wurde kaiserlicher Kanzler. Als er dieses Amt aus der Hand seines Vorgängers, des Prinzen Max von Baden übernahm, tat er unter Tränen den denkwürdigen Ausspruch: „Ich hasse die Revolution wie eine Sünde."

Am gleichen Tag jedoch, in den Mittagsstunden, als Berlin schon in der Hand der revolutionären Arbeiter war, erschien ein Extrablatt des SPD-Organs „Vorwärts", in dem die Arbeiter der Hauptstadt zum Generalstreik aufgerufen wurden (der ja in den Morgenstunden längst erfolgreich eingeleitet worden war), in dem der gerade zum kaiserlichen Reichskanzler ernannte Ebert ausrufen ließ: „Es lebe die soziale Republik!" Und um das Maß vollzumachen, war das ganze unterzeichnet von einem „Arbeiter- und Soldatenrat", dessen Existenz bis dahin völlig unbekannt war, dessen „Mitglieder" aber umso bekannter waren: Ebert, Scheidemann... Und kaum war dieses Blatt unter die Massen gebracht, eilte der tapfere Scheidemann an die Rampe des Reichstags und erzählte den Berliner Arbeitern, die gerade durch ihre revolutionäre Erhebung die Monarchie gestürzt hatten, „die Republik sei ausgebrochen". Ihr infames Doppelspiel schlossen die Führer der SPD damit ab, daß sie am gleichen Tag gemeinsam mit drei Politikern der opportunistischen USP einen sogenannten Rat der Volksbeauftragten bildeten, der sich selbst als Regierung einsetzte.

So hatten am Abend des 9. November zwar die revolutionären Proletarier Berlins den Sieg davongetragen und sich — wie es auch in den anderen Großstädten gemacht worden war — ein eigenes Machtorgan im Arbeiter- und Soldatenrat (dem wirklichen!) geschaffen. Aber gleichzeitig bestand in der Ebert-Regierung ein zweites, ein bürgerliches und konterrevolutionäres Machtorgan. Und dieses Organ, eng verbunden mit dem Militär- und Verwaltungsapparat des alten kaiserlichen Regimes, setzte im Auftrag der Bourgeoisie alles daran, die Macht der Räte zu brechen und die revolutionäre Bewegung, sei es mit betrügerischen Worten oder sei es im Maschinengewehrfeuer, zu ersticken. Um die Planmäßigkeit zu kennzeichnen, mit der die SPD-Führer das Bündnis mit der kaiserlichen Generalität, der bewaffneten Konterrevolution, gegen die Werktätigen planten, sei noch einmal der General Groener zitiert:

„Wir [Generäle und SPD-Führer — RM] haben uns verbündet zum Kampfe gegen den Bolschewismus. An eine Wiedereinführung der Monarchie war nicht mehr zu denken. Unser Ziel am 10. November war die Einführung einer geordneten Regierungsgewalt, die Stützung dieser Gewalt durch Truppenmacht und die Nationalversammlung so bald wie möglich. Ich habe dem Feldmarschall [Hindenburg — RM] zuerst den Rat gegeben, nicht mit der Waffe die Revolution zu bekämpfen, weil zu befürchten sei, daß bei der Verfassung der Truppen eine solche Bekämpfung scheitern würde. Ich habe ihm vorgeschlagen, die Oberste Heeresleitung möge sich mit der Mehrheitssozialdemokratie [damals gebräuchlicher Name für die SPD — RM] verbünden, da es zur Zeit keine Partei gebe, die Einfluß genug habe im Volk, besonders bei den Massen, um eine Regierungsgewalt mit der Obersten Heeresleitung wieder herzustellen. (...) Das erste war, daß wir uns jeweils abends zwischen 11 und 1 Uhr telefonisch vom Hauptquartier mit der Reichskanzlei auf einem Geheimdraht verständigten. Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant. Zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren. Ebert war damit einverstanden. (...) Ebert hat zugestimmt, daß sie mit scharfer Munition einrücken. Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das nach dem Einmarsch eine Säuberung Berlins und die Entwaffnung der Spartakisten vorsah. Das war auch mit Ebert besprochen..." (Nach dem stenografischen Protokoll des „Dolchstoßprozesses").

Diese Enthüllungen machen vollends klar, daß die sozialdemokratischen Verräter von vornherein gewillt waren, den revolutionären Sturm der Massen im Blut zu ersticken. Genauso planmäßig, wie sie den militärischen Mordterror gegen die Arbeiterklasse vorbereiteten, der dann im barbarischen Wüten der Noskettruppen im Januar und März 1919 seinen Höhepunkt fand, gingen sie daran, in allen Bereichen die Stellungen der Konterrevolution auszubauen. So beließen sie die Verwaltungsbehörden des alten Regimes, die vor allem auf dem breiten Land eine Festung des Junkertums waren, im Amt. So wurde vom „Rat der Volksbeauftragten" die alte kaiserliche Klassenjustiz für „neutral" erklärt und ausdrücklich über die Arbeiter- und Soldatenräte gestellt. So wurde mit Erlaß vom 12. November die Gewalt der reaktionären Offiziere wiederhergestellt und die Matrosen und Soldaten ihnen gegenüber zu „unbedingtem Gehorsam" verpflichtet. Um die Rätebewegung aufzuweichen, wurden — vor allem im Heer — Scheinräte geschaffen, die von oben eingesetzt waren. Oder die Räte, die sich in den ersten Revolutionstagen spontan gebildet hatten, wurden von sozialdemokratischen Verrätern mit den bürgerlichen Parteien und Verwaltungsorganen verschmolzen. (Auf diese Art konnte sich etwa in Köln der damalige Oberbürgermeister und spätere Bundeskanzler Adenauer gemeinsam mit SPD-Komplizen an die Spitze eines Rates setzen, der sich dann in „Wohlfahrtsausschuß" umbenannte).

Eines der abscheulichsten Verbrechen der sozialdemokratischen Reaktionäre in jenen Tagen war die Tatsache, daß sie — trotz des schon vom Kaiserdeutschland mit der Sowjetunion geschlossenen Friedensvertrags — den blutigen Raubkrieg gegen die junge Sowjetmacht fortsetzten.

Aber das alles geschah nicht etwa auf friedlichem Wege. Jeder Schritt, den die Ebert-Regierung und die mit ihr verschworenen Generäle gingen, um die bürgerliche Diktatur zu festigen, wurde von den revolutionären Massen der Arbeiter und Soldaten mit neuen Demonstrationen, mit neuen bewaffneten Kampfaktionen beantwortet. Sie wollten die Revolution, die Zerschlagung des ganzen alten Systems, die Errichtung einer sozialistischen Republik. Aber trotzdem und obwohl die objektiven Bedingungen für den Sieg der Revolution gegeben waren — vor allem die wichtigste Bedingung, die tiefgreifende Zersetzung, ja Unbrauchbarkeit des hauptsächlichen Machtinstruments der Bourgeoisie, des Militärapparats —, trotz alledem gelang es dem Proletariat nicht, in der Novemberrevolution den Sieg zu erringen.

In einem Rückblick anläßlich des zehnten Jahrestages der Novemberrevolution sagte Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD: **„Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, in den Januarkämpfen 1919, in den Kämpfen nach dem Kapp-Putsch 1920, den Märzkämpfen 1921, bis zur letzten Welle der akuten revolutionären Situation, dieser ersten Periode, im Oktober 1923 — sie bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, hervorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei, andererseits.**

An der Jahreswende 1918/1919 waren die Massen bereit zum Kampf, aber es fehlte die zielklare Führerin, die diesen Kampf hätte organisieren, den Bluthund Noske und seine Komplizen Ebert und Scheidemann samt ihren Generalen und weißen Garden durch die planvolle Organisierung und Durchführung des bewaffneten Aufstands zerschmettern und ausrotten können.

Nicht der revolutionäre Instinkt, nicht das unvergleichliche Heldentum der einzelnen Führer des Spartakusbundes, der hingemordeten Führer unserer Partei, konnte den Bestand einer eisernen, im Feuer der revolutionären Erfahrungen zu Stahl gehärteten Avantgarde ersetzen. Karl und Rosa wurden gerade deshalb zu Opfern der Noske, Ebert und Scheidemann und ihrer gekauften Meuchelmörder, weil sie noch nicht dem deutschen Proletariat die Waffe hatten schmieden können, die das russische Proletariat zum Siege befähigte: die bolschewistische Partei."

An der Jahreswende 1918/1919 wurde diese Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands, gegründet. In einer späteren Ausgabe wird der „Rote Morgen" auf die Gründung der KPD, deren 60. Jahrestag wir in wenigen Wochen feiern, eingehen.

Österreich
Volksabstimmung: Mehrheit gegen Atomkraftwerk

Mit einer knappen Mehrheit von 50,47 Prozent lehnte die Bevölkerung Österreichs bei der Volksabstimmung am Sonntag die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf ab. Kanzler Kreisky gestand nach der Abstimmung ein, daß dieser Entscheid eine Niederlage für seine Regierung ist. Er hatte vor der Abstimmung offen den Entscheid über Zwentendorf zu einer Testwahl für die kommenden Parlamentswahlen erklärt und das „Ja" für das Atomkraftwerk mit einer Zustimmung für seine Politik verbunden. Aber die Rechnung der Herren in Wien ging nicht auf. Trotz aller massiven Propaganda, die einträchtig von den großen Konzernen, der Regierung, den Gewerkschaftsbonzen und der revisionistischen KPÖ betrieben wurde, entschied sich die Mehrheit für ein „Nein".

Das schon fertiggestellte AKW Zwentendorf kann nun nicht in Betrieb genommen werden.

DBR/Portugal
Bundeswehrstützpunkt in Portugal

Die Regierungen der Bundesrepublik und Portugals verhandeln gegenwärtig über die Erneuerung des Beja-Abkommens. Beja ist eine militärische Anlage im südportugiesischen Alentejo-Gebiet, die seit den sechziger Jahren von der Bundeswehr als Luftwaffenstützpunkt benutzt wird. Wie aus Lissabon verlautete, sind beide Regierungen daran interessiert, das Abkommen zu erneuern. Die portugiesischen Werktätigen haben in den vergangenen Jahren mit Demonstrationen und Kundgebungen immer wieder gegen diesen Militärstützpunkt der westdeutschen Imperialisten protestiert.

Portugal
Nationalgarde gegen Landarbeiter

Auch in der vergangenen Woche ist es wieder zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Truppen der Regierung und Landarbeitern gekommen. Gegenwärtig verstärkt die Regierung ihre Versuche, die von den Arbeitern gebildeten landwirtschaftlichen Kooperativen zu zerschlagen und das Land an die ehemaligen Grundbesitzer zurückzugeben.

Nahost
Arabische Konferenz gegen Camp-David-Abkommen

In der vergangenen Woche gingen die unter dem Kommando Washingtons betriebenen Verhandlungen zur Verwirklichung des reaktionären Camp-David-Abkommens weiter. Wie verlautete, sollen diese Verhandlungen schon kurz vor dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages zwischen dem israelischen und dem ägyptischen Regime stehen. Wie weit das Sadat-Regime beim Ausverkauf der arabischen Interessen an die israelischen Besatzer geht, machte der Kairoer Diplomat El-Bas in einem Interview mit der israelischen Zeitung „Jediot Acharonoth" deutlich. Er erklärte dort ausdrücklich das Einverständnis seiner Regierung mit der Errichtung weiterer israelischer Wehrsiedlungen im besetzten Westjordanland.

Die arabischen Regierungen — mit Ausnahme der ägyptischen — trafen in der vergangenen Woche zu einem Gipfeltreffen zusammen, um über Schritte gegen den von Sadat betriebenen Ausverkauf zu beraten. Allerdings wurden keine wirksamen Schritte zur Isolierung des ägyptischen Regimes beschlossen. Forderungen nach einem Abbruch der Beziehungen zu Kairo wurden von den Vertretern der reaktionären Regierungen abgeschmettert, die — wie etwa Saudi-Arabien oder Jordanien — selbst unter der Oberherrschaft des amerikanischen Imperialismus stehen.

Palästina/Albanien
Enver Hoxha bekräftigt albanische Unterstützung für den palästinensischen Freiheitskampf

Die albanische Presse veröffentlichte einen Briefwechsel zwischen dem Genossen Enver Hoxha und dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat. In dem Brief Arafats wird das reaktionäre Abkommen von Camp David verurteilt und der Wille des palästinensischen Volkes hervorgehoben, bis zum Sieg für die Befreiung seiner Heimat zu kämpfen. Weiter heißt es: „Wir bitten Sie, Genosse Enver, Ihrem kämpferischen Volk, Ihrer tapferen und klugen Partei und Regierung unseren Dank und unsere Hochachtung auszusprechen für die Haltung Ihres Landes zu unserer Sache, den Dank unseres Volkes für die ununterbrochene, ständige Unterstützung für unser Volk in seinem Kampf auf allen Gebieten."

In dem Antwortschreiben des Genossen Enver Hoxha heißt es unter anderem: „Deshalb steht das albanische Volk heute, da die Imperialisten, die Zionisten und ihre Freunde neue Komplotte schmieden, um den heldenhaften Kampf des palästinensischen Volkes zu unterdrücken und seine gerechte Sache zu begraben, wie immer ihm zur Seite und unterstützen seine übermenschlichen Anstrengungen zur Verteidigung seiner unleugbaren Rechte. Es kann keinerlei Lösung der Konflikte im Nahen Osten erreicht werden, ohne daß darin der Wille des palästinensischen Volkes zum Ausdruck kommt, und erst recht nicht, wenn man ihn ignoriert und mit Füßen tritt. Solange dem palästinensischen Volk seine legitimen nationalen Rechte abgesprochen werden, sein Recht, in die von Israel geraubte Heimat zurückzukehren, solange die israelischen Truppen auch nur einen Fußbreit arabischen Bodens besetzt halten, kann es in diesem Raum keinen Frieden geben.

Die Schwierigkeiten, die dem antizionistischen und antiimperialistischen Befreiungskampf der arabischen Völker heute entstanden sind, sind groß. Doch wir geben unserer Zuversicht Ausdruck, daß sie überwunden werden können, und wünschen, daß unter den arabischen Völkern wieder eine starke und kämpferische Einheit hergestellt wird, die die Grundlage der Verteidigung ihrer Rechte und des Siegs über ihre imperialistischen und zionistischen Feinde ist."

Radio Tirana
Neue Sendezeit

Radio Tirana, die Stimme des revolutionären Albaniens, kann jetzt um 19 Uhr auch auf Mittelwelle empfangen werden. Diese zusätzliche Sendezeit wird dem Sender sicher neue Hörer erschließen. (Nähere Angaben in dem untenstehenden Kasten).

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Baskenland (Spanien)
Demonstrationen gegen Aufmarsch der Reaktion

Eine bemerkenswerte „heilige Allianz" gegen die Revolution hat sich am vorletzten Wochenende zu gemeinsamen Demonstrationen im spanischen Baskenland zusammengefunden. Da marschierten die offen faschistischen Banden, die alte Garde des Diktators Franco, Seite an Seite mit den Revisionisten des Herrn Carrillo und den spanischen Ablegern der Pekinger „Drei-Welten-Internationale". Gemeinsam mit ihnen gingen die bürgerlichen baskischen Nationalisten und die anderen bürgerlichen Parteien.

Was war es, das all diese Feinde des Volkes aus den verschiedenen Lagern zur Aktion vereinte? Sie marschierten gegen das, was sie den „Terrorismus" nennen. Und gemeint war damit der revolutionäre Kampf — vor allem der baskischen Patrioten — gegen das Madrider Regime. Der Zweck dieser Demonstrationen war es, eine massive Propaganda für die Versöhnung mit dem Regime zu betreiben, die patriotischen und anderen revolutionären Kräfte zu isolieren. Die reaktionären Parteien, die diese Umzüge organisierten, gaben vor, im Namen des baskischen Volkes zu sprechen, das angeblich den militanten Kampf gegen die Monarchie und ihre Organe zutiefst verabscheuen würde.

Aber seltsam. Wenn die Demonstrationen nur ein Ausdruck des Volkswillens waren, warum mußten dann gleichzeitig mit den Herren Faschisten und Revisionisten auch schwerbewaffnete Polizeieinheiten aufziehen? Warum mußten sogar aus Madrid Polizeireserven ins Baskenland geworfen werden? Warum mußten für dieses Wochenende alle revolutionären Kundgebungen und Demonstrationen verboten werden? Um den reaktionären Parteien ihren Aufzug zu ermöglichen, wurde wieder einmal das Baskenland faktisch unter Ausnahmegesetz gestellt!

Aber dennoch ließen sich die patriotischen und revolutionären Kräfte im Baskenland nicht das Recht auf die Straße verbieten. In Bilbao und anderen Städten kam es zu Straßenkämpfen, als die Madrider Polizeitruppen mit brutaler Gewalt versuchten, alle revolutionären Demonstrationen im Keim zu ersticken. Und während die Reaktionäre auf ihren Kundgebungen gegen den „Terrorismus" des Volkes geiferten, zeigte sich hier wieder einmal, wer die wahren Terroristen sind. Die Polizeitruppen schossen aus kürzester Entfernung ihre berüchtigten Hartgummigeschosse auf Männer und Frauen ab. Allein in Bilbao wurden dadurch mindestens fünf Demonstranten schwer verletzt. Darüber hinaus wurden Gasgranaten und Rauchbomben in die Menge gefeuert. Aber dennoch gelang es der Polizei nicht, den Widerstand zu brechen. Die Demonstranten errichteten Barrikaden und setzten sich militant, teilweise mit Molotow-Cocktails, zur Wehr. In Bilbao und anderen Orten zogen sich diese Kämpfe über mehrere Stunden hin. Ganze Stadtteile waren dabei einbezogen.

Hier zeigte sich, wie das baskische Volk wirklich zum Madrider Regime steht. Und auch der reaktionäre Aufmarsch war — allerdings indirekt — ein Ausdruck dafür. Denn hatten vorher die Organisatoren sich noch gebrüstet, sie würden Hunderttausende auf die Straße bringen, so war das Ergebnis äußerst kläglich. Nach Meldungen aus bürgerlichen Zeitungen waren es im ganzen Baskenland nur 30.000. Überdies wurde auch berichtet, daß es in einigen bürgerlichen Parteien — vor allem bei den baskischen Nationalisten — zu schweren Auseinandersetzungen über den Aufmarsch gekommen war und die Basis sich teilweise offen ihrer reaktionären Führung widersetzt hatte.

In diesen Tatsachen drückt sich der tiefe Haß aus, den gerade das baskische Volk gegen das Madrider Regime empfindet. Und die baskischen Provinzen im Norden Spaniens sind schon immer Brennpunkte des massenhaften und militanten Widerstandes gegen dieses Regime gewesen. Der Grund dafür liegt aber nicht nur darin, daß das baskische Volk einer besonderen nationalen Unterdrückung ausgesetzt ist. Die baskischen Provinzen sind auch das am weitesten entwickelte spanische Industriegebiet, in dem sich die Arbeiterklasse zusammenballt. So verbindet sich hier in besonderer Form der Kampf des Proletariats für seine wirtschaftlichen und politischen Forderungen mit dem Kampf gegen die nationale Unterdrückung. Und bei den großen Kämpfen, die nach den Polizeimorden vom Juli dieses Jahres die baskischen Provinzen erschütterten, zeigte sich, daß die Arbeiterklasse die führende Kraft ist, die der ganzen Bewegung ihren Stempel aufdrückt.

Die KP Spaniens/ML und die revolutionären Massenorganisationen wie die FRAP und die Republikanische Konvention greifen aktiv in die Kämpfe im Baskenland ein. Sie gehörten auch zu den Kräften, die am vergangenen Wochenende die machtvollen Aktionen in Bilbao und anderen Städten organisierten. Wie steht die Partei in diesen Kämpfen zu den nationalrevolutionären baskischen Organisationen? Sie tritt für das Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes ein und weist diesem wie auch den anderen Völkern Spaniens die Perspektive des gemeinsamen Kampfes für den Sturz der reaktionären Monarchie, für die Föderative Volksrepublik. Die erwähnten Organisationen — darunter auch einige Gruppen der ETA — streben dagegen eine Loslösung des Baskenlandes aus dem spanischen Staatsverband an.

Trotz dieser Differenzen jedoch hat die Partei die Initiative zu Gesprächen mit den nationalrevolutionären Organisationen ergriffen. Dabei hat sie herausgestellt, daß beide Seiten ein gemeinsames Ziel, nämlich den Sturz der Monarchie, haben. Denn, so haben die Genossen argumentiert, was wir wollen und was ihr wollt, das läßt sich nur verwirklichen, wenn dieses System beseitigt ist. Also kann es auch eine Einheit im Kampf geben. Und was nach dem Sturz der Monarchie kommt, wie sich dann die Zukunft des Baskenlandes gestalten wird, darüber soll und wird das Volk entscheiden.

So haben die Genossen eine Zusammenarbeit mit den nationalrevolutionären Kräften erreichen können. Das ist vor dem Hintergrund der anwachsenden Massenbewegung im Baskenland, an deren Spitze das Proletariat steht, ein wichtiger Schritt beim Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte gegen das Madrider Regime.

Italien
Krankenhausstreik geht weiter

In Italien haben sich in der vergangenen Woche die Auseinandersetzungen zwischen den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Regierung weiter zugespitzt. Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor der schon vier Wochen andauernde Streik der 380.000 Angehörigen des medizinischen Hilfspersonals. Um freie Hand für eine harte Linie gegen die Streikenden zu erhalten, hat Ministerpräsident Andreotti am vergangenen Dienstag eine Parlamentssitzung einberufen.

Wie der RM berichtete, kämpfen die Krankenhausangestellten für eine Lohnerhöhung (27.000 Lire, das sind rund 64 Mark monatlich) und für Verbesserungen des katastrophalen Gesundheitssystems. Andreotti machte klar, daß er in diesem Kampf eine Gefährdung des sogenannten Pandolfi-Plans sieht, der die Staatsfinanzen unter anderem mit drastischen Lohnbeschränkungen und Personalabbau im öffentlichen Dienst sanieren will. Die Herren in Rom sprachen offen davon, daß ein Sieg des medizinischen Personals ein Signal für die übrigen drei Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu verstärkten Kampfaktionen sein könnte.

Vor der Parlamentssitzung hatten einige bürgerliche Zeitungen schon orakelt, daß Andreotti möglicherweise über den Krankenhausstreik stürzen könnte. Aber der Herr Ministerpräsident fand die volle Unterstützung des Parlaments für seine reaktionäre Politik. Denn auch die starke Fraktion der revisionistischen KPI stellte sich voll hinter ihn. Sie legte nicht nur ein grundsätzliches Bekenntnis zum Pandolfi-Plan ab, sondern stimmte auch dafür, den streikenden Krankenhausangestellten die Lohnerhöhung zu verweigern. Diese üblen Machenschaften der revisionistischen Bonzen haben unter den italienischen Werktätigen eine große Empörung hervorgerufen.

Auf Druck ihrer Basis mußten in der vergangenen Woche auch die drei großen Gewerkschaften, darunter die von der KPI kontrollierte CGIL, den Krankenhausstreik unterstützen. Die Bonzen, die in den vergangenen Wochen aus allen Rohren gegen diesen Streik gehetzt hatten, fanden sich allerdings nur bereit, sich für 24 Stunden dem Arbeitskampf anzuschließen. Während das medizinische Hilfspersonal im Streik ausharrt, haben jetzt auch die Eisenbahner Kampfaktionen angekündigt. Und während der Parlamentsdebatte demonstrierten in Rom 20.000 Werktätige aus der süditalienischen Provinz Kalabrien gegen die Folgen der kapitalistischen Krise, die in ihrer Heimat besonders krass sind. Die ganze Provinz war an diesem Tag in einen Generalstreik getreten.



Demonstration von Krankenhausangestellten in Florenz

Volkserhebung im Iran

Nieder mit dem faschistischen Schahregime!

Der Sturm der Völker des Irans gegen die verhaßte blutige Schahdiktatur wird immer heftiger. Weder die Verhängung des Kriegsrechts über die größten Städte des Landes noch der barbarische Terror der bewaffneten Mordbanden des Regimes haben diesen Sturm aufhalten können. Eine bezeichnende Meldung vom Wochenende: „Amerikaner im Iran bringen ihre Familien in Sicherheit." Das macht deutlich, für wie ernst die Herren in Washington die Lage des Regimes halten, das sie vor 25 Jahren an die Macht geputscht haben.

Das iranische Proletariat tritt auf den Plan

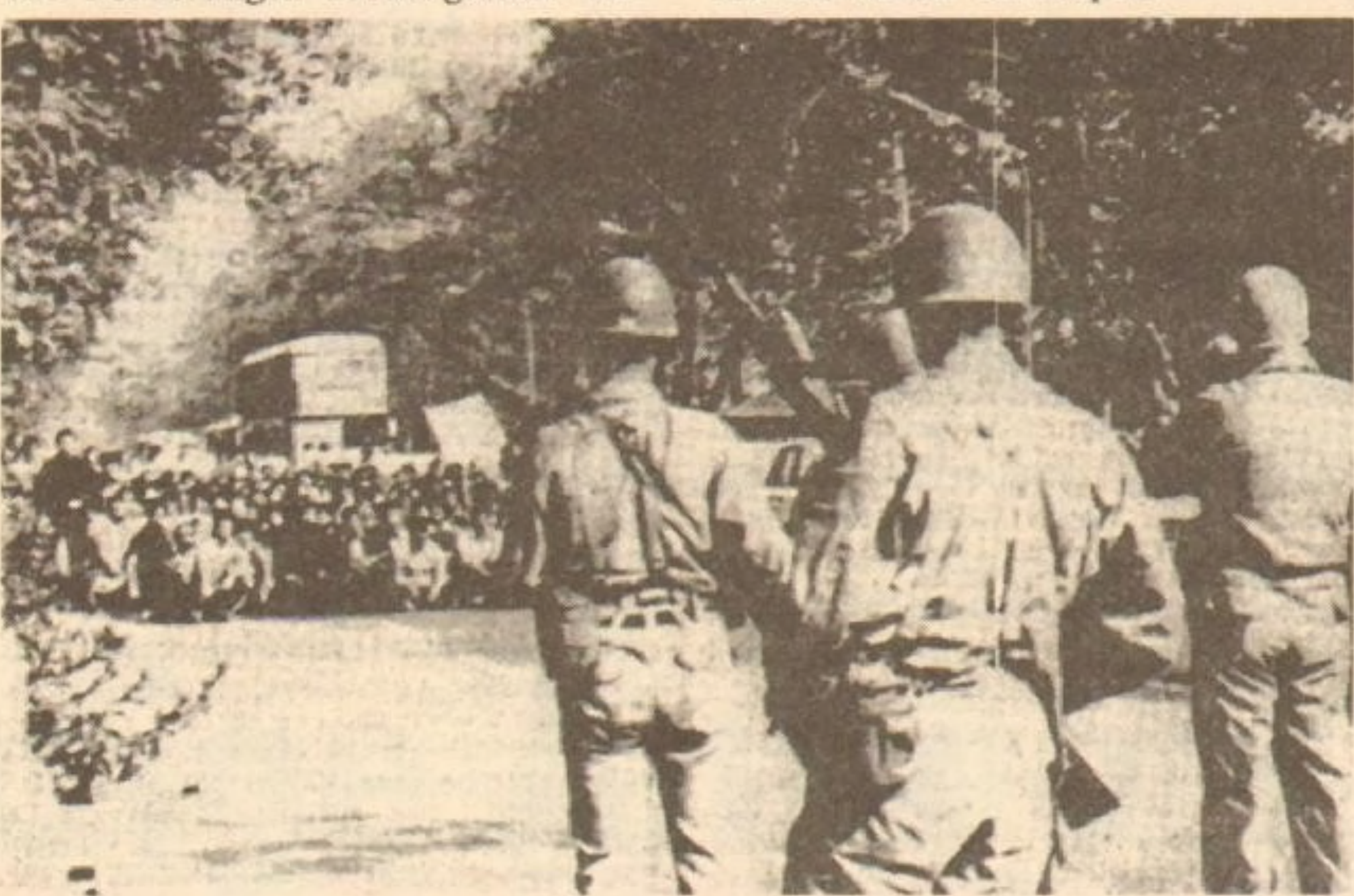
Das wohl wichtigste und für die weitere Entwicklung der Kämpfe entscheidende Ereignis der letzten Wochen ist der wuchtige Schlag, den der politische Massenstreik der Arbeiterklasse dem Regime versetzt hat. Es ist noch gar nicht solange her, da wurden die iranischen Arbeiter von der bürgerlichen Propaganda als eine Stütze des Regimes bezeichnet, weil sie gegenüber den verelendeten ländlichen Massen und dem Heer der Arbeitslosen „privilegiert" wären. Jetzt hat sich gezeigt, was von solchem Geschwätz zu halten ist. In Abadan, der größten Erdölraffinerie der Welt, sind die Arbeiter in den Generalstreik getreten. Neben wirtschaftlichen Forderungen — vor allem nach höheren Löhnen —, für die sie schon seit langem kämpfen, haben sie einen Katalog von politischen Forderungen aufgestellt:

— **Freilassung aller politischen Gefangenen;**
— **Aufhebung des Kriegsrechts;**
— **Auflösung des berüchtigten faschistischen Geheimdienstes Savak und Aburteilung des Generals Nasiri, der bis vor kurzem der Chef dieser Terrororganisation war;**
— **Auflösung des Konsortiums von amerikanischen und europäischen Ölmultis, die das iranische Erdöl ausbeuten und Entlassung aller Ausländer, die in der iranischen Ölwirtschaft als „Experten" tätig sind.**

Diese Forderungen zielen nicht nur gegen die faschistische Diktatur, sondern auch auf ihre Hinterleute, die amerikanischen, russischen und europäischen Imperialisten, die die Reichtümer des Irans ausplündern. Die Reaktion des Schah-Regimes auf diesen machtvollen Streik: Die Raffinerien und Ölfelder wurden vom Militär besetzt. Den Streikenden wurde ein Ultimatum zugestellt. Binnen drei Tagen sollten sie die Arbeit wieder aufnehmen, sonst würden sie entlassen. Aber diese Drohung hatte nicht den geringsten Einfluß auf den Kampf. In der vergangenen Woche kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Militäreinheiten und den Streikenden. Es ist dem Regime jedoch nicht gelungen, die Ölproduktion in einem ausreichenden Umfang wieder in Gang zu setzen. Heute sind alle Ölhäfen des Landes geschlossen, die Erdgasleitung in die Sowjetunion ist unterbrochen. Nichts läuft mehr.

Im Streik stehen nicht nur die 37.000 Raffineriearbeiter, sondern auch die übrigen Werktätigen in der Ölindustrie, der wichtigsten Industrie des Landes. So zum Beispiel auch die Tankwagenfahrer. Der Streikbewegung angeschlossen haben sich auch die 30.000 Stahlarbeiter von Isfahan und Hunderttausende von Werktätigen aus anderen Bereichen. Am Wochenende wurde zum Beispiel gemeldet, daß über die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Ausstand steht. Die Gesamtzahl der Streikenden wurde zu diesem Zeitpunkt mit rund einer Million angegeben. Darüber hinaus sind schon seit Semesterbeginn die Teheraner Universität und die meisten Schulen des Landes geschlossen. Schüler und Studenten kämpfen gemeinsam mit den Lehrkräften gegen die Schah-Diktatur.

Von den streikenden Lehrern wird berichtet, daß sie einige wirtschaftliche Forderungen zurückgestellt haben, um den politischen Charakter ihres Kampfes zu betonen. Ihre politischen Forderungen sind im wesentlichen die gleichen wie die der Arbeiter von Abadan und der anderen im Ausstand stehenden Werktätigen. Und alle an den jetzigen Kämpfen beteiligten Werktätigen eint die Parole: „Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime!"



Die Mordbanden des Schahs können den Sturm der Völker des Irans gegen das Schahregime nicht aufhalten.

Die Kämpfe haben sich über das ganze Land ausgebreitet

Während in den vergangenen Monaten vor allem die Großstädte Schauplätze der Massenerhebungen gegen das Regime waren, werden jetzt Demonstrationen und militante Kämpfe auch aus kleinen und entlegenen Orten in nahezu allen Regionen des Landes gemeldet. Selbst nach Berichten der iranischen Presse sind die Teilnehmerzahlen bei diesen Kämpfen so groß, daß nahezu die gesamte Bevölkerung in vielen Orten daran beteiligt war. **In der Ölstadt Ahwaz gingen am Freitag in einem gewaltigen Aufmarsch 200.000 Menschen auf die Straße. Das war eine der größten Demonstrationen, die der Iran je erlebt hat.**

Kennzeichnend für die gegenwärtige Situation im Iran ist die Tatsache, daß es das Regime in der vergangenen Woche nicht gewagt hat, den Massendemonstrationen mit massivem Militäreinsatz zu begegnen, wie es noch bei jenem blutigen Massaker in Teheran der Fall war, wo Tausende Werktätige hingemordet wurden. Aber das heißt natürlich nicht, daß die Henker des Schahs der Erhebung ruhig zusehen. Sie haben eine neue Taktik des faschistischen Terrors entwickelt. Der Savak wirbt überall im Land deklassierte Elemente an, bezahlt und bewaffnet sie mit dem Auftrag, Provokationen und Überfälle gegen die Volksmassen zu verüben. So haben diese bezahlten Banden zum Beispiel Moscheen von religiösen Minderheiten in Brand gesetzt, um auf diese Art Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Glaubensgruppen zu provozieren.

Aus verschiedenen Städten wird auch von Überfällen sonst bezahlter Banden auf Demonstranten berichtet. In dem Ort Paveh nahe der irakischen Grenze führte eine Mordbande einen Reiterangriff auf unbewaffnete Demonstranten durch und ermordete 39 Menschen. An der Spitze der Mörder stand der kurdische Feudalherr Salar Jaf, ein Mitglied im Parlament des Schahs und Mitarbeiter des Savak. Auch in den nahegelegenen Orten Pole Zohab und Sanandaj fielen über 30 Demonstranten dem faschistischen Terror der Mordbanden des Savak zum Opfer.

Gegenüber diesem Terror setzen sich die Werktätigen immer militanter zur Wehr. In vielen Orten wurden die zivilen und uniformierten Truppen des Schahs mit Molotowcocktails angegriffen. In Hamadan wurden Mitglieder der Zivilverteidigung, einer reaktionären Miliz des Regimes, bei einer Schießübung eingekreist. Ein dichter Steinhagel ging auf sie nieder und durch diesen mutigen Angriff konnten die Werktätigen eine Reihe von Waffen erbeuten. Mehrere Offiziere der faschistischen Armee- und Polizeitruppen fanden in der letzten Zeit die gerechte Strafe für ihre Verbrechen und wurden hingerichtet. In einigen Fällen sollen dabei — nach Angaben der iranischen Presse — Soldaten die Waffe geführt haben. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Grad der Zersetzung innerhalb der Armee. Schon bei dem blutigen Massaker von Teheran hatten Soldaten den Befehl zum Feuer auf die Demonstranten verweigert, und einige hatten die Gewehre auf ihre eigenen Offiziere gerichtet.

Die Krise des Regimes spitzt sich zu

Immer krasser werden unter dem Eindruck der gewaltigen Massenkämpfe auch die Auseinandersetzungen im faschistischen Regime selbst. Erst vor kurzem mußte der Schah eine neue Regierung unter Sharif Emami bilden. Aber auch dieser Regierung läuft jetzt ein Minister nach dem anderen weg. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Der ehemalige Staatsminister Azmun gründete gleich nach seinem Rücktritt eine sogenannte Iranische Volkspartei und machte auf gemäßigte Opposition gegen den Schah. So versucht ein Teil der reaktionären Kräfte sich jetzt demagogisch von den Verbrechen des Regimes, an denen sie jahrelang teilhatten, abzusetzen, um sich günstige Positionen für die Zeit nach einem Sturz des Schahs zu verschaffen.

Und der Diktator selbst, der Henker Reza Pahlewi, sah sich mehrere Male genötigt, Rücktrittsabsichten zu dementieren. Ein untrügliches Zeichen dafür, daß sein Thron heftig wankt. Ausdruck für die Krise des Regimes sind auch die Zugeständnisse, die an die kämpfenden Massen gemacht werden mußten. So wurde der erwähnte Savak-Schlächter Nasiri abgelöst, wurden einige der verhaßtesten Offiziere dieses Geheimdienstes und einige korrupte Minister entlassen. Aber wie der jüngste Aufschwung der Massenkämpfe gezeigt hat, können solche Maßnahmen nicht den Sturm gegen das Regime besänftigen. Das gilt auch für die Entlassung einer Reihe von politischen Gefangenen, die der Schah anläßlich seines Geburtstages allergnädigst verfügte. Diese Gefangenen berichteten über die unvorstellbaren Folterungen, denen sie in den Kerkern der Diktatur ausgesetzt waren. Ein Teil dieser Berichte erschien auch in der iranischen Presse. (Durch anhaltende Kämpfe der Angestellten bei den Zeitungen, bei Rundfunk und Fernsehen ist die Zensur immer mehr durchlöchert worden). **So riefen diese Berichte eine neue Welle der Abscheu und des Hasses gegen die faschistische Diktatur hervor und bestätigten die iranischen Werktätigen in ihrem unversöhnlichen Kampf für die Befreiung aller politischen Gefangenen. Deren Zahl schätzt selbst Amnesty International auf 30.000 bis 70.000.**

Grüße an den Henker

Herzliche Grüße konnte der Schah nicht nur von Scheel empfangen. Auch dessen Ostberliner Kollege Honecker ließ es sich nicht nehmen, dem Schlächter von Teheran zu seinem Geburtstag in der vorletzten Woche zu gratulieren. Das „Neue Deutschland" veröffentlichte jetzt groß das Dankesschreiben des Schahs an „Seine Exzellenz" Honecker, in dem der Diktator seine „Befriedigung" über die Festigung der beiderseitigen Beziehungen zum Ausdruck bringt. Noch immer steht ja auch der Besuch des Schahs in der DDR aus, zu dem Honecker eingeladen hatte. Bis jetzt allerdings war der Schah verhindert.

Ein besonderes Geburtstagsgeschenk hielten auch die Pekinger Revisionisten bereit, deren Chef Hua erst unlängst in Teheran dem Schah persönlich den Rücken stärkte. Ihr Nachrichtendienst Hsinhua brachte nicht nur das ganze Geschwätz des kaiserlichen Henkers über eine angebliche Liberalisierung in seinem Land im vollen Wortlaut. In der Meldung Nr. 102840 vom 29. Oktober wurde auch herausgestellt, aus welchen Motiven die Werktätigen des Irans in diesen Tagen auf die Straße gehen. Da heißt es: „Die Presse berichtete, daß in der nordwestlichen Stadt Rezaiyeh die Bauern am 26. Oktober auf ihren Traktoren durch die Straßen fuhren, um den Geburtstag des Schahs zu feiern und daß sie an Demonstrationen zur Unterstützung des Monarchen teilnahmen."

Die Hintermänner

Während der Schah und seine Morddiktatur im eigenen Lande vollständig isoliert sind, treten seine ausländischen Freunde mit lauten und widerwärtigen Solidaritätsbekundungen ans Licht der Öffentlichkeit. Diese Freunde sind die internationalen imperialistischen Räuber, die Milliardenprofite aus der Ausplünderung des Irans ziehen und für die das faschistische Schahregime eine wichtige Stütze bei ihren Feldzügen gegen die Völker des Nahen und Mittleren Ostens ist.

Als Erster meldete sich jetzt — wie könnte es auch anders sein — der Menschenrechtsapostel Carter als Vertreter der amerikanischen Supermacht zu Wort. Er bestätigte in einer persönlichen Botschaft an den Henker auf dem Pfauenthron die „Freundschaft und Allianz", die seine Regierung mit dem iranischen Mordregime verbindet. Eine ähnliche Erklärung gab jüngst auch der britische Premier Callaghan ab.

Die westdeutschen Imperialisten wollten es bei einer solchen Grußbotschaft nicht bewenden lassen. Sie schickten ihren Grafen Lambsdorff, seines Zeichens Bonner Wirtschaftsminister, persönlich in das von Kämpfen erschütterte Teheran. Der Graf konnte dem kaiserlichen Massenmörder eine Botschaft des Bundespräsidenten Scheel zustellen, in der die volle Unterstützung Bonns für das iranische Terrorregime ausgedrückt wird. **Dieser unglaubliche Auftritt der Spitzen des Bonner Staates hat eine Welle der Empörung in unserem Land ausgelöst. Sogar die Jugendorganisationen der Koalitionsparteien sahen sich zu Protesten genötigt.**

Lambsdorff war in Teheran auf einer Pressekonferenz in der typischen Manier des imperialistischen Feldherren aufgetreten, der sich anmaßt, dem Land zu diktieren, welchen Weg es einschlagen soll. Die Bundesrepublik, so tönte er, „ist weder an einer Entwicklung zu ultrakonservativen oder reaktionären Kräften, noch zu mehr marxistischen und kommunistischen Gruppen interessiert." Wobei der Herr Graf mit den „reaktionären Kräften" nicht etwa das faschistische Mordregime meint. Nein, er folgt nur der vom Schah seit langem verbreiteten, ebenso verlogenen wie lächerlichen Darstellung, daß der Aufstand des Volkes das Werk einer Allianz von Kommunisten und reaktionären Geistlichen sei.

Ganz massiv stellt sich also Bonn hinter das Schah-Regime, gerade jetzt im Augenblick seiner größten Erschütterung. Mit beispielloser Unverschämtheit wird versucht, aus Schwarz Weiß zu machen und die kämpfenden Volksmassen als Reaktionäre zu verleumden. Lambsdorff machte allerdings auch klar, warum sich Bonn in solch dreister Weise in die iranischen Angelegenheiten einmischt und für den Mörder Pahlewi Partei ergreift. Es geht um die 360 westdeutschen Konzerne, die laut Lambsdorff „im Iran tätig sind". Tätig bei der Ausbeutung der iranischen Arbeiter und der Ausplünderung der Reichtümer des Landes. Es geht um die iranischen Öllieferungen, es geht um die umfangreichen Geschäfte der westdeutschen Konzerne mit dem Schah-Regime, die Atomkraftwerke von Siemens, die U-Boote von HDW usw. usf.

Als Sendbote der Monopole ist Lambsdorff mit seiner Grußbotschaft von Scheel in Teheran erschienen, als Sendbote der Monopole geifert er gegen die Erhebung der iranischen Völker und erklärt das Bonner Interesse an der Stabilität des faschistischen Mordregimes. Es sind die gleichen Monopole, die vor Jahrzehnten in Deutschland die faschistische Diktatur errichteten, um die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu retten, die heute, um ihre Geschäfte im Iran zu sichern, dem blutigen Henker Reza Pahlewi unter die Arme greifen.

Die offene und unverhohlene Einmischung der westlichen Imperialisten hat gezeigt, daß sie bereit sind, mit allen Mitteln das faschistische Regime im Iran bei der Niederschlagung der Volkserhebung zu unterstützen. Die Herren in Washington reden überdies schon lange mit brutaler Offenheit davon, daß sie Truppen einsetzen werden, wenn „ihre" Ölquellen gefährdet sind. Zudem sind auch die russischen Sozialimperialisten an der Ausplünderung des Irans beteiligt. Ebenso wie ihre westlichen Konkurrenten mischen sie sich in die iranischen Angelegenheiten ein und versuchen, ihre Positionen dort zu stärken.

Angesichts dieser Allianz von inneren und äußeren Feinden führen die Völker des Irans einen schweren und mutigen Kampf. Die Werktätigen in aller Welt jedoch verfolgen diesen Kampf mit großer Anteilnahme. Gerade das faschistische Schah-Regime ist überall bei den arbeitenden Menschen verhaßt. Und die Solidaritätsdemonstrationen mit den iranischen Werktätigen, die aus verschiedenen Ländern gemeldet wurden, zeigen, wie breit die Unterstützung ihres Kampfes ist.

A. Paul Weber 85 Jahre



A. Paul Weber, Der Denunziant, Lithographie, 1943

Am 1. November ist der große deutsche Zeichner A. Paul Weber 85 Jahre alt geworden. In seinen Werken setzt er sich mit der jüngsten Geschichte vor allem Deutschlands auseinander. Der Gegner, den er mit seinen graphischen Mitteln angreift, den er entlarvt und anprangert, vor dem er unablässig warnt, ist immer die Reaktion in ihren vielerlei Gestalten: der Hitler-Faschismus und der Bonner Staat, die Diktatur der Francisten in Spanien und die Diktatur der Generäle in Chile, Rassismus und Militarismus, Ausbeutung und Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen.

Die zwei wiedergegebenen Zeichnungen sollen einen Eindruck der Spannweite des Gesamtwerkes von A. Paul Weber vermitteln. Das 1943 entstandene Bild „Der Denunziant" prangert die vergiftete Atmosphäre unter der Herrschaft der Nazis an; es ist ein Bild, das heute wieder aktuelle Bedeutung erlangt hat. — Das Bild „Die Häutung" — entstanden 1967, kurz nach Bildung der Großen Koalition — zeigt die Kontinuität der Reaktion in Deutschland: aus der Haut der klerikal-reaktionären Adenauer-Diktatur, die sich ihrerseits aus einem Nazikörper hervorgeschoben hat, schlüpft ein neues Ungeheuer, das munter das Fähnchen des Kapitals schwenkt. Hintergrund dieser Häutung sind die Kräne und Bauten des „Wirtschaftswunders".

Im Rheinischen Landesmuseum in Bonn sind bis zum 10. Dezember 250 Arbeiten A. Paul Webers ausgestellt. Vom 17. Dezember bis Ende Januar ist diese Ausstellung, leicht reduziert, im Westfälischen Landesmuseum in Münster zu sehen. In Ratzeburg gibt es ein A.-Paul-Weber-Museum, in dem stets eine Auswahl seiner Bilder ausgestellt ist. Ein Bildband mit Reproduktionen von Webers Arbeiten ist im Verlag 2001 erschienen.



A. Paul Weber, Die Häutung, Lithographie, 1967

Reaktorpannen und Feuerwehrspritze

Kerntechnik „sicher im Griff"?

Glaubt man den für Kerntechnik Verantwortlichen aus Staat und Industrie, so geht von den Kernkraftwerken keine Gefahr für Gesundheit und Leben der Bevölkerung aus; sie haben die Technik „sicher im Griff". Wie sicher die Kernkraftwerke aber wirklich sind, zeigt allein schon die jüngste Geschichte des Reaktors Brunsbüttel.

Im Juli erst war in diesem Kernkraftwerk mehrere Stunden lang radioaktiver Dampf in die Reaktorkuppel und ins Freie geströmt. Daraufhin wurde das Werk vorläufig stillgelegt. Die Brennelemente wurden aus dem Reaktor entfernt und in einem eigens dafür vorgesehenen Kühlbecken eingelagert. Die Pannen aber waren damit nicht vorbei. Im Hauptkühlkreislauf des Reaktors wurde nun ein größeres Metallstück gefunden, das nach Expertenaussagen die notwendige Brennelementkühlung hätte beeinträchtigen können. Vor zwei Wochen verursachte ein Pumpenschaden die Überflutung und Stillegung des Hauptpumpenkomplexes. Vor einer Woche nun wurde bekannt, daß dieser Vorfall ernstere Konsequenzen — als es zunächst von den Hamburger Elektrizitätswerken (HEW) dargestellt worden war — hatte: Infolge des Pumpenschadens wurden die außerhalb des Reaktors deponierten Brennelemente nicht genügend gekühlt; sie erhitzten sich über das zulässige Maß hinaus derart, daß die Gefahr der Freisetzung großer Mengen von Radioaktivität bestand. Gleichzeitig wurde in das Kühlbecken, in dem die Brennelemente lagern, zuviel Frischwasser eingespeist, so daß sich radioaktives Lagerbeckenwasser in das Reaktorgebäude ergoß.

Die Berichte über die neuen Pannen wurden von der HEW sofort auf einen harmlosen Maßstab heruntergespielt. Zwischen beiden Fällen gäbe es keinen Zusammenhang, hieß es, und es hätte keine Geahr bestanden! Zynisch erklärte die HEW: „Bis zum Kochen [des Wassers im Lagerbehälter!], das heißt, dem Zeitpunkt, zu dem man von der Gefahr der Freisetzung größerer Aktivitätsmengen hätte sprechen können, wären also drei Tage vergangen, eine mehr als ausreichende Zeit, um sogar eine Feuerwehrspritze einsetzen zu können, was auch genügt hätte." In ihren Erklärungen spricht die HEW weiter von einer „routinemäßigen Nachspeisung des Lagerbeckens, wodurch eine — natürlich geringe — Überflutung entstanden sei. Dieser Begriff machte den Bremer Physikprofessor Jörn Blenk stutzig. Wie könne eine „Nachspeisung" vonnöten sein, fragte er, wenn das System doch aus einem geschlossenen Kreislauf von Kühlflüssigkeit bestehe. Darauf erklärte die HEW, daß es sich bei dem Kühlsystem um ein zur Atmosphäre hin offenes Lager handele, in dem selbstverständliche Verdunstungsverluste sowie betriebsbedingte Leckageverluste ausgeglichen werden müßten. — Die Fragen bleiben. Also lagern die Brennstäbe offen, und Radioaktivität gelangte „selbstverständlich" und „betriebsbedingt" in die Umwelt?!

Nein, die verantwortlichen Herren haben die Kerntechnik nicht im Griff, und die Sicherheit der Werktätigen haben sie nicht im Auge. Was sie allerdings fest im Auge und im Griff haben, sind ihre handfesten politischen und wirtschaftlichen Interessen. Das letztere illustriert anschaulich ein kürzlich bekannt gewordener Fall: Den Betreibern des Kernkraftwerks Ohu bei Landshut und der bayrischen Landesregierung wurde vorgeworfen, Störfälle verheimlicht oder ihre Bekanntgabe verzögert zu haben. So sei eine fällige Abschaltung des Kernkraftwerks wegen verschiedener Defekte exakt bis zum Abend des Landtagswahlsonntags in Bayern am 15. Oktober verzögert worden!

Berichtigung

Wenn im vorhergehenden Artikel der Eindruck entstanden ist, die verantwortlichen Politiker sorgten sich nicht um die „Sicherheit" der Kernkraftwerke, so müssen wir aufgrund einer neu eingegangenen Meldung diesen Eindruck schleunigst korrigieren. Das Gegenteil ist richtig! Wie bekannt wurde, hat sich die Bundesregierung in Gesprächen mit der niedersächsischen Landesregierung über das geplante Entsorgungszentrum in Gorleben verpflichtet, im nahegelegenen Lüchow eine Abteilung des Bundesgrenzschutzes zu stationieren, die der „Objektsicherung" dienen soll. Die Stärke der Einheit soll 575 Mann betragen. Darüber hinaus sollen die niedersächsischen Polizeikräfte im Hinblick auf etwaige Auseinandersetzungen um das Entsorgungszentrum verstärkt werden. Man sieht also: Der Staat sorgt sich um die „Sicherheit" der Kernenergieanlagen — gegenüber den Bürgern!

Springer — menschlich



Anläßlich des 30jährigen Jubiläums einer seiner Zeitungen hielt der Pressezar Springer eine Rede über Macht und Einfluß der Presse. In seiner Rede ließ er auch vieles Selbsterlebte und Selbstgedachte mit einfließen. Es gibt Einblick in seine Persönlichkeit. Wir wollen nicht versäumen, dem „Roter-Morgen"-Leser einige Kostproben — zu mehr reicht der Platz nicht — vorzustellen.

Springer beklagte unter anderem den mangelnden Kontakt zu seinen Arbeitern. „Wollte ich mit jedem meiner Mitarbeiter nur einmal im Jahr zehn Minuten sprechen, so brauchte ich dafür bei einer 40-Stunden-Woche 50 Wochen. Zur Arbeit blieben dann ganze 14 Tage. Käme es zu der von den Gewerkschaften anvisierten 35-Stunden-Woche, würde ich es in einem Jahr nicht einmal mehr schaffen!" — Die Unmenschlichkeit solcher Forderungen liegt somit auf der Hand!

Springer gab sich weiter als „Mitmensch" zu erkennen: „Sozialpolitik ist und war für mich immer eine Sache der Mitmenschlichkeit... Ein sehr hoher deutscher Gewerkschaftsführer sagte mir einmal: ‚Für Unternehmer wie Sie brauchten wir keine Gewerkschaften.'" — Was ein bezeichnendes Licht vor allem auf den „sehr hohen Gewerkschaftsführer" wirft.

Zum Radikalenerlaß nimmt Springer mit einem Beispiel Stellung. Er schildert, wie er einem gewissen Plivier, der dem Kommunismus abgeschworen hat, bei der Wohnungssuche hilft und dabei bis zum Hamburger Oberbürgermeister Brauer vorstößt. Der fragt: „Axel, kannst du mir Garantien geben, daß er dem Kommunismus wirklich abgeschworen hat und daß er nicht rückfällig wird?' — ‚Ja, Herr Bürgermeister', antwortete ich guten Gewissens. ... So war das damals, und dabei wollte Plivier weder Gerichtsbeamter noch Polizist, noch Lehrer werden. Er wollte nur eine Wohnung." Damit hat Springer nun einen neuen Gesichtspunkt in die Extremistendebatte eingebracht: die Überprüfung der Bewerber auch für eine Wohnung.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do und Fr 10.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.